

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

SOFI Soziologisches
Forschungsinstitut
Göttingen

Silke Ötsch

Die Realpolitik der Klimafinanzierung

**Eine kritische Bestandsaufnahme und Alternativen
aus der Sicht von Gewerkschaften und Zivilgesell-
schaft**

**SOFI Working Paper
2024-31**

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V.
an der Georg-August-Universität

Zitationshinweis

Silke Ötsch

Die Realpolitik der Klimafinanzierung

Eine kritische Bestandsaufnahme und Alternativen aus der Sicht von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft

SOFI Working Paper 2024-31

Göttingen: SOFI

© Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e. V.
an der Georg-August-Universität

ISSN 1864-6999

Zusammenfassung

Die Realpolitik der Klimaschutzfinanzierung. Eine kritische Bestandsaufnahme und Alternativen aus der Sicht von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft

Der Beitrag beschäftigt sich mit derzeit verfolgten Politiken der Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel und diskutiert Schwachstellen und Alternativen aus Perspektiven, die in diesem Bereich bislang unterrepräsentiert waren: aus der Sicht von Gewerkschaften, Umweltorganisationen und -bewegungen, des Globalen Südens und finanz- und wirtschaftskritischen Organisationen. Der Text gibt einen Überblick über die finanzielle und wirtschaftliche Dimension des Wandels. Er stellt die Klimafinanzierungspolitiken, insbesondere die *Sustainable Finance*-Initiative dar. Ein Zwischenfazit zeigt, dass die Politiken weniger erfolgreich sind als erhofft. Auf der Grundlage von 25 im Jahr 2023 geführten Interviews mit Expert:innen aus Gewerkschaften und Zivilgesellschaft werden Schwachpunkte und alternative Maßnahmen und Politiken aufgezeigt. Ich schließe, dass Politik und Finanzexpert:innen zu sehr auf wenig konfliktive freiwillige Verhaltensänderungen setzen und ökonomische, ökologische, soziale und demokratische Anliegen noch nicht ausreichend verbinden. Bislang ausgeklammerte Politiken und Instrumente im Bereich Ordnungspolitik, Geld- und Steuerpolitik sollten erwogen werden. Konflikte sollten nicht nur über Kommunikationsstrategien überdeckt, sondern in substanziellen Aushandlungsprozessen angegangen und ausgetragen werden.

Schlüsselworte: Klimafinanzierung, Sustainable Finance, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Konflikte, Regulierung

Abstract

The Realpolitik of Climate Finance. A critical review and alternatives from the perspective of trade unions and civil society

The article looks at currently pursued policies for financing climate change mitigation and adaptation and discusses weaknesses and alternatives from perspectives that have so far been underrepresented in this area: from the point of view of trade unions, environmental organizations and movements, the Global South and organizations critical of finance and the economy. The text provides an overview of the financial and economic dimension of change. It presents climate finance policies, in particular the Sustainable Finance Initiative. An assessment shows that the policies are less successful than hoped. Based on 25 interviews conducted in 2023 with experts from trade unions and civil society, we identify weak points and alternative measures and policies. I conclude that politicians and financial experts focus too much on voluntary behavioral changes that do not involve much conflict and have not yet succeeded in combining economic, ecological, social and democratic concerns. Instead, politics should consider excluded policies and instruments in the areas of regulatory policy, monetary and fiscal policy. Conflicts should not just be covered up by communication strategies, but should be dealt with in substantive negotiation processes.

Keywords: climate finance, sustainable finance, trade unions, civil society, conflicts, regulation

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Was kosten Klimaschäden und Klimaschutzmaßnahmen?	5
3	Klimafinanzierungspolitiken	10
3.1	Klimafinanzierungspolitiken auf internationaler und europäischer Ebene	10
3.2	Klimafinanzierungspolitiken in Deutschland	12
3.3	Klimafinanzierung in Deutschland: Eine Zwischenbilanz	17
4	Gesellschaftliche Spannungen um Umweltpolitiken	19
5	Perspektiven aus Gewerkschaften, Umweltverbänden, Finanz- und Wirtschaftskritik und dem Globalen Süden	22
5.1	Methoden	23
5.2	Zwischenergebnisse: Was fehlt Politiken der Klimafinanzierung?	23
5.2.1	Perspektiven aus Gewerkschaften	24
5.2.2	Perspektiven aus Umweltbewegung, Umwelt-NGOs und Think Tanks	26
5.2.3	Expert:innen in der Kritik von Finanz- und Wirtschaftssystemen	30
5.2.4	Die Nord-Süd-Perspektive	33
5.3	Zwischenfazit	34
6	Schlussfolgerungen: Neustart der Klimafinanzierung	35
7	Literatur	37
	SOFI Working Papers	41

1 Einleitung

Derzeit verfolgte Politiken der Klimafinanzierung wollen den ökologischen Wandel vor allem über die Umlenkung privaten Kapitals in nachhaltige Bereiche der Wirtschaft finanzieren, wobei die Politik einen intelligenten Rahmen setzen und verhaltene finanzielle Anreize schaffen soll, um privates Kapital zu hebeln. Die Politik der Bundesregierungen hat es trotz steigender Mengen an Finanzkapital nicht geschafft, ausreichend Gelder für Klimaschutz zu mobilisieren. Zudem sind politische und soziale Konflikte um die Finanzierung von Klimaschutz – Stichwort Gebäudeenergiegesetz – ausgebrochen, die den Rückhalt für Klimaschutzmaßnahmen gefährden. Klimafinanzierungspolitikern waren bislang stark von der Perspektive der Finanzindustrie, der Finanz- und Wirtschaftswissenschaften geprägt und hatten, wie die Zwischenbilanz zeigt, blinde Flecken. Welche Vorstellungen von Klimafinanzierung haben Akteure wie Gewerkschaften, Umweltbewegungen und -verbände, Entwicklungsorganisationen und finanz- und wirtschaftskritische NGOs, Bewegungen und Think Tanks, die bislang unterrepräsentiert waren? Wie ist vor diesem Hintergrund die Strategie zur Finanzierung von Klimaschutz zu bewerten und wie kann sie verbessert werden?

In diesem Text stelle ich dar, welche finanzielle und wirtschaftliche Dimension der ökologische Umbau hat (1), welche Politiken zur Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel derzeit verfolgt werden (2) und unter welchen Bedingungen Umweltmaßnahmen von welchen gesellschaftlichen Gruppen unterstützt oder abgelehnt werden (3). Welche korrigierenden Politiken und Maßnahmen schlagen Expert:innen aus Gewerkschaften und Zivilgesellschaft vor? Die Befragung ergibt, dass aus der Sicht dieser Expert:innen *die Sustainable Finance*-Initiative die Wirkung der freiwilligen Verhaltensänderung überschätzt, zu wenig Gebrauch von ordnungspolitischen Maßnahmen macht, an veralteten Konzepten von Verschuldung festhält und wichtige Investitionen unterlässt, das sozial-ökologische Potenzial und die Möglichkeit einer breiten Mitbeteiligung nicht nutzt, und alternative mit Verteilungsfragen einhergehende Maßnahmen bereits im Vorfeld ausklammert (4). Daraus kann geschlossen werden, dass die Politik die Strategie grundsätzlich überdenken sollte, sich Wissenschaft stärker um ausgewogenere Konzepte bemühen sollte und sich zivilgesellschaftliche Akteure stärker mit diesen wichtigen Finanzierungsfragen auseinandersetzen sollten.

2 Was kosten Klimaschäden und Klimaschutzmaßnahmen?

Dieser Punkt soll einen Eindruck von der Kostendimension des Klimawandels geben und zeigen, wie sich Klimawandel und Klimaschutz finanziell auswirken und welche Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft betroffen sind. Ausgaben für Klimaschutz werden unterteilt in Ausgaben zur *Vermeidung* bzw. Eingrenzung des Klimawandels (*mitigation*) und in Ausgaben zur *Anpassung* an Klimaschäden (*adaptation*). *Anpassung* umfasst die Beseitigung von Schäden und präventive Maßnahmen wie Vorrichtungen zum Schutz vor Hochwasser, Dürre, Hitze und Feuer, Sturm, Krankheiten oder zum Umgang mit potenziell unterbrochenen Lieferketten und Versorgungsengpässen.

Anpassung an Klimawandel

Finanzielle Schäden durch Klimawandel lassen sich kaum oder nur schwer abschätzen, da Natur in vielerlei Hinsicht mit unserer Wirtschaft und unserem Leben verbunden ist. Schäden entstehen an Gebäu-

den und Infrastruktur, in der Land- und Forstwirtschaft, durch die Unterbrechung von Schifffahrt, Warenverkehr und Lieferketten. Außerdem führen gesundheitliche Beeinträchtigungen zu Arbeitsausfällen. Indirekt wirken sich Klimaschäden auf die politische Stabilität aus, verstärken Ressourcenkonflikte und Migration. Besonders problematisch ist, dass viele Umweltschäden – etwa das Artensterben – nicht rückgängig gemacht werden können. Natur ist letzten Endes unbezahlbar. Schätzungen der Kosten des Klimawandels gehen also von derzeitigen Wertsetzungen und Preisen aus.

Folgekosten des Klimawandels betragen in Deutschland laut Schätzungen selbst bei schwachem Klimawandel 5 Mrd. Euro im Jahr 2030 und steigen stetig an bis sie im Jahr 2050 rund 21 Mrd. Euro betragen (Flaute et al. 2022, S. 54–55). In einem Szenario des starken Klimawandels wird dieser um das Jahr 2050 herum jährliche Kosten von fast 70 Mrd. Euro verursachen (Flaute et al. 2022, S. 54–55). Unternehmen werden bei stärkerem Klimawandel voraussichtlich Kapital für die Beseitigung von Schäden aufwenden müssen anstatt zu investieren und Bürger:innen werden ihren Konsum einschränken müssen (Flaute et al. 2022, S. 54–56). Klimawandel wird ärmere Personengruppen stärker treffen, da sie eher in belasteten Umgebungen wohnen und stärker von steigenden Lebensmittelpreisen und negativen Veränderungen des Arbeitsmarktes betroffen sind (Flaute et al. 2022, S. 56–60). Besonders hart trifft Klimawandel Staaten des Globalen Südens. Obwohl die Emissionen pro Kopf dort vergleichsweise niedrig sind, haben die Staaten wenig Ressourcen für die Prävention von Schäden. Sie werden sogar doppelt bestraft, weil sie weniger Mittel haben um Vorsorge gegen Unwetter, Dürren oder sonstige Katastrophen zu treffen und sie in ihrer labilen Lage dann noch schwerer Zugang zu Finanzmitteln haben. Für Kredite zahlen sie wesentlich höhere Zinsen als reiche Staaten; Investor:innen scheuen die Risiken (UNEP 2023, S. XII–XIII). Insgesamt sollte berücksichtigt werden, dass Extremereignisse mit zunehmendem Klimawandel häufiger werden. Je nach Szenario des Klimawandels werden sich die Kosten durch Extremereignisse in Deutschland in Vergleich zu den letzten 20 Jahren bis 2050 um das anderthalb bis Fünffache erhöhen (Flaute et al. 2022, S. 82).

Vermeidung von Klimawandel

Die zweite Kategorie der Finanzierung bezieht sich auf Maßnahmen zur *Vermeidung* bzw. die Eingrenzung von Temperaturanstieg, also die Umstellung auf klimafreundliche Wirtschafts- und Lebensweisen. Auf internationaler Ebene gelten einerseits die relativ unverbindlichen universell gültigen 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (*Sustainable Development Goals*, kurz: *SDGs*) mit ihren 169 Unterzielen (Keine Armut, kein Hunger, Gesundheit und Wohlergehen, hochwertige Bildung, Geschlechtergleichheit, sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen, bezahlbare und saubere Energie, menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, Industrie, Innovation und Infrastruktur, weniger Ungleichheiten etc.). Etwas verbindlicher sind die Verpflichtungen des Abkommens von Paris von 2015, sofern sie in nationale oder supranationale Gesetze (etwa auf EU-Ebene) übersetzt wurden. Damit verpflichten sich 195 Staaten und die Europäische Union die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C, möglichst auf 1,5°C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Wenn das 1,5°C-Ziel erreicht werden soll, muss der derzeitige weltweite Emissionsausstoß um 42% sinken. Selbst wenn alle bislang beschlossenen nationalen Klimaschutzziele realisiert werden (was nicht wahrscheinlich ist), liegt der Temperaturanstieg bei 2,5°C (UNEP 2023). Kein Staat der Welt erreicht bislang das 1,5°-Ziel (Burck et al. 2023) und die weltweiten Treibhausgasemissionen sind sogar gestiegen (UNEP 2023). Seit 1990 sind Emissionen in Deutschland zwar gesunken, liegen aber immer noch zu hoch: Deutschland liegt vor allem im Gebäude- und dem Verkehrssektor zurück, gehört noch zu den neun weltweit größten Kohleproduzenten und hat gerade vier neue von

Umweltverbänden stark kritisierte LNG-Terminals gebaut bzw. schon in Betrieb genommen (Burck et al. 2023).

Gesetzgebung zur Minderung des Treibhausgasausstoßes ist komplex und umfasst eine Vielzahl von Gesetzen, Gesetzespaketen und Initiativen. Deutschland betreffende Maßnahmen sind einerseits im Rahmen der Gesetzgebung des Green Deals der Europäischen Union festgehalten. Auf nationaler Ebene ist vor allem das Klimaschutzgesetz von 2019 relevant. Dieses sieht eine Minderung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um mindestens 65% bis 2030 vor und um mindestens 88% bis 2040. Bis 2045 soll Deutschland treibhausgasneutral sein (Deutscher Bundestag 2019). Der dafür notwendige Umbau betrifft insbesondere die Sektoren Verkehr, Energiewirtschaft, Industrie (v.a. Metallproduktion, Chemie, Glas, Automobilsektor), Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Landnutzung und Forstwirtschaft (Deutscher Bundestag 2019; Hentschel 2020; Nextra Consulting et al. 2021). Kosten werden für privatwirtschaftliche, öffentliche und private Haushalte anfallen. Der Umbau betrifft private Haushalte finanziell bei der Umstellung auf eine umweltfreundliche Heizung bzw. der Gebäudesanierung, in der Wahl der Verkehrsmittel und als potenzielle Erzeuger erneuerbarer Energien oder Betreiber von Ladesäulen (Nextra Consulting et al. 2021, S. 90). Die Privatwirtschaft ist vor allem in der nächsten Dekade bei der Umstellung der Produktion gefordert, während sich für öffentliche Haushalte insbesondere Herausforderungen bei der Verkehrswende ergeben, bei der Bereitstellung von Infrastruktur im Energiesektor und der Umrüstung öffentlicher Gebäude (Nextra Consulting et al. 2021, S. 90ff). Die öffentliche Hand ist außerdem gefragt, wenn es darum geht, soziale und wirtschaftliche Folgen der Umstellung auszutarieren und Anreize für klimafreundliche Maßnahmen zu geben.

Was kostet der Umbau?

Der ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist sehr komplex. Verschiedene Umweltprobleme wie z.B. die Klimakrise, das Artensterben, der Zustand der Weltmeere etc. überlappen sich und stehen in Wechselbeziehung zu sozialen Fragen. So sind Menschen mit wenig Einkommen im globalen Süden besonders stark von schlechten Ernten und steigenden Lebensmittelpreisen betroffen. Mittlerweile spüren aber auch Menschen in Deutschland steigende Kosten. Berechnungen zu den notwendigen Finanzmitteln variieren, abhängig davon inwiefern nur Mittel für den Umbau oder auch die Anpassung an Schäden einbezogen sind und abhängig von den Ambitionen, die einer Schätzung zugrunde gelegt werden. Gehen die Berechnungen beispielsweise von dem Umstieg auf Elektrofahrzeuge aus oder von einer umfassenden Verkehrswende?

Die UN (2022, S. 8) summiert die im Jahr 2020 weltweit für Klimafinanzierung verwendeten Mittel auf 817 Mrd. US-Dollar, wovon 346 Mrd. US-Dollar für saubere Energie, 179 Mrd. US-Dollar für Gebäude und Infrastruktur, 155 Mrd. US-Dollar für nachhaltige Mobilität und der Rest für andere Sektoren und die Anpassung an Klimaschäden ausgegeben wurden. Diese Summe wirkt auf den ersten Blick hoch, relativiert sich aber, wenn sie mit anderen Ausgaben ins Verhältnis gesetzt wird. Für fossile Energien wurden im gleichen Zeitraum 892 Mrd. US-Dollar ausgegeben, für umweltschädliche Subventionen fast 1,9 Bio. US-Dollar und für Corona-Hilfen 2,49 Bio. US-Dollar (Soubeyran und Macquarie 2023). Expert:innen schätzen, dass bis 2030 jährlich rund eine Billionen US-Dollar aus dem Norden in Entwicklungs- und Schwellenländer (ausgenommen China) fließen müssten um nachhaltige Projekte umzusetzen, Anreize für die Mobilisierung privaten Kapitals zu geben, multilaterale Entwicklungsbanken besser

auszustatten, konzessionäre Kredite zu vergeben (d.h. bspw. zinsgünstige und/oder risikoreduzierte Darlehen oder Tilgungserleichterungen) und um Lösungen für hoch verschuldete Länder mit Liquiditätsproblemen zu finden (Songwe et al. 2022, S. 5–6).

Zum Finanzbedarf für Europa und Deutschland kursieren verschiedene Zahlen, je nachdem welche klimabezogenen, ökologischen und sozialen Maßnahmen und Ziele Studien einbeziehen, welchen Zeitraum und welche Finanzierungsquelle sie im Blick haben (etwa private, öffentlich oder halböffentliche Finanzen). Für die europäische Ebene setzt die Europäische Kommission (2018, S. 3) in ihrem Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums den jährlichen Investitionsrückstand zur Erreichung der EU-Klima- und Energieziele bis 2030 auf 180 Mrd. Euro an. Der Bericht „Net-Zero Europe“ der Beratungsfirma McKinsey nennt die Summe von 180 Mrd. Euro pro Jahr bzw. 5,4 Bio. Euro insgesamt, die der öffentliche Sektor zwischen 2021-2050 zusätzlich jährlich für saubere Technologien ausgeben muss um CO₂-neutral zu werden (D’Aprile und et al. 2020, S. 31). Die größten Summen entfallen dabei auf den Gebäudesektor (1,9 Bio. Euro) und Energiebereich (1,8 Bio. Euro), außerdem 410 Mrd. Euro auf die Industrie, 76 Mrd. Euro auf die Landwirtschaft und 32 Mrd. Euro auf den Transportsektor, neben 1,5 Bio. Euro für Infrastruktur zur Energieübertragung und verteilt über alle Sektoren (D’Aprile und et al. 2020, S. 31). Allerdings würden um das Jahr 2050 laufende jährliche Kosten in der Höhe von 260 Mrd. Euro gespart, vor allem durch wegfallende Importe fossiler Energien (D’Aprile und et al. 2020, S. 35). Zu diesen Summen kommen die wesentlich höher angesetzten privat getragenen Ausgaben, die insgesamt 28 Bio. Euro betragen, wobei 23 Bio. Euro sowieso investiert worden wären, allerdings nicht in klimafreundliche Produkte (D’Aprile und et al. 2020, S. 30).

Die Ausgaben bzw. Investitionen für Klima- und Umweltschutz in Deutschland sollen je nach Schätzung zwischen 43-100 Mrd. Euro pro Jahr betragen (Boston Consulting Group 2021; McKinsey & Company 2021; Nextra Consulting et al. 2021; Fratzscher 2022). Eine von Agora Energiewende herausgegebene Berechnung der notwendigen öffentlichen Finanzbedarfe zwischen 2021-2030 kommt auf Kosten von insgesamt 460 Mrd. Euro, wobei 90 Mrd. Euro auf Bundesinvestitionen entfallen, 170 Mrd. Euro auf kommunale Investitionen und 200 Mrd. Euro zur Förderung privater Investitionen aufgewendet werden sollen (Krebs und Steitz 2021, S. 8–12). Investitionen fallen insbesondere in dem Zeitraum bis 2045 an. Je schneller und konsequenter die Maßnahmen umgesetzt werden, umso weniger Kosten ergeben sich, da Planungssicherheit gegeben ist, Umweltschäden eingegrenzt werden können und weil Kosten für fossile Energien eingespart werden können. Hingegen treiben Verzögerungen die Kosten in die Höhe und können damit Wirtschaftszweige zurückwerfen, die zu wenig innovativ sind (McKinsey & Company 2021, S. 8)¹.

Ökonom:innen gehen davon aus, dass die Summen zur Finanzierung der sozial-ökologische Transformation zwar nicht klein, aber durchaus finanzierbar sind; Untätigkeit verursacht höhere Kosten (Bardt et al. 2019; Boston Consulting Group 2021; Jaeger et al. 2021; McKinsey & Company 2021; Flaute et al. 2022). Dieses verdeutlicht ein Vergleich der Finanzen, die zur Beseitigung und Verminderung der Klimaschäden eingeplant werden sollten mit anderen volkswirtschaftlichen Größen. So beträgt das deutsche BIP 3.878 Mrd. Euro (2022). Die Gesamtausgaben des Bundeshaushalts lagen 2023 in der Höhe von 461 Mrd. Euro

¹ Um (berechtigte) wachstumskritische Kritik vorwegzunehmen: Selbst wenn die auf grünes Wirtschaftswachstum setzenden Konzepte aus wachstumskritischer Perspektive kritisch überprüft werden sollten (z.B. Hickel 2022), ist grünes Wachstum aus meiner Sicht kurzfristig eine bessere Option als die Fortführung des Status Quo.

(BMF 2024). Dazu kommen Extrahaushalte, und zwar Sondervermögen, die als wirtschaftlich selbstständiger Nebenhaushalt zur Erfüllung bestimmter Aufgaben auch über mehrere Jahre vorgesehen sind. Sie werden größtenteils aus Darlehen, aber auch aus eigenen Einnahmen gespeist. Sonderhaushalte erhöhen die von der Schuldenbremse vorgesehene strukturelle Kreditaufnahme von maximal 0,35% des BIP um den Umfang von rund 400 Mrd. Euro im Jahr 2023 (Deutsche Bundesbank 2023, S. 73). Nach der Ausnahmeregel der Schuldenbremse hat der Bundestag die Möglichkeit, im Falle von Naturkatastrophen oder anderen außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen, die Schuldenbremse mit einfacher Mehrheit auszusetzen. Für eine Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse in der Verfassung ist eine 2/3 Mehrheit notwendig. Besonders große Sondervermögen sind der Wirtschaftsstabilisierungsfonds-Energie (200 Mrd. Euro), das Corona-Sondervermögen (150 Mrd. Euro) oder das Sondervermögen Bundeswehr (100 Mrd. Euro). Von den zuletzt angesetzten 590 Mrd. Euro wurden jedoch bis Ende 2022 nur 395 Mrd. Euro in Anspruch genommen (Bundesrechnungshof 2023, S. 18). Der aus dem Energie- und Klimafonds hervorgegangene Klima- und Transformationsfonds war ursprünglich von 2024 bis 2027 mit rund 212 Mrd. Euro ausgestattet (Bundesregierung 2023b) und sollte das „zentrale Instrument des Bundes zur Unterstützung der Transformation“ sein (Bundesregierung 2023a). Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Umwidmung nicht benötigter Coronahilfen für Umweltzwecke in der von der Bundesregierung umgesetzten Form verboten hat, hat die Ampel 60 Mrd. Euro aus der Rücklage des Fonds gestrichen, womit 2024 nur 49 Mrd. Euro für diesen Fonds zur Verfügung stehen (Bundesregierung 2023a).

2023 betragen die Steuereinnahmen 356 Mrd. Euro (BMF 2024). Kredite in Höhe von 1.552 Mrd. Euro waren offen (BMF 2023, S. 74). Mit einer Schuldenquote rund 65% des BIP im Jahr 2023 liegt Deutschland im internationalen Vergleich im Mittelfeld (ÖNB o. J.). Die Schuldenquote des Euroraums liegt bei 90% und der EU bei 83%, von Großbritannien bei 97%, der USA bei 123% und von Japan bei 251%. Besonders niedrige Schuldenquoten haben bspw. Estland mit 19% oder Bulgarien mit 24%, neben kleinen Staaten, die (auch) Steueroasen sind wie Luxemburg mit 29% (ÖNB o. J.). Die Schulden entsprechen in etwa dem geschätzten deutschen Privatvermögen, das allein, verteilt auf 4310 Haushalte, auf 1,4 bis 2 Bio. Euro geschätzt wird (Jirrmann und Trautvetter 2023). Die in Deutschland aktiven 700 Fondsgesellschaften verwalten ein Gesamtvermögen von rund vier Bio. Euro (was rund 95% des Marktes entspricht) (BVI o. J.). Zusammenfassend gesagt, stehen kurzfristig große Investitionen und Ausgaben bevor, die sich jedoch bei erfolgreicher Umsetzung der Transformation wieder einspielen müssten. Die Verschuldung wirkt insbesondere bei Berücksichtigung der Sondervermögen auf den ersten Blick zwar hoch, kann aber bewältigt werden. Das wird deutlich, wenn die große Wirtschaftsleistung und Vermögen zu diesen Summen in Relation gesetzt werden. Eine verzögerte Transformation, die Deutschland im internationalen Vergleich zurückwirft, in einer Situation, in der die Weltwirtschaft durch Umrüstung auf nachhaltige Produktion und Wirtschaft umstrukturiert wird, wäre das größere Problem.

3 Klimafinanzierungspolitiken

3.1 Klimafinanzierungspolitiken auf internationaler und europäischer Ebene

Bislang wurden bestimmte Politiken verfolgt, um Gelder für Klimaschutzmaßnahmen und Anpassung an den Klimawandel zu mobilisieren. Unter diesem Punkt werden die wichtigsten Grundzüge mit Schwerpunkt auf den Politiken der deutschen Bundesregierung dargestellt.

Der IPCC (23, p. 33) geht davon aus, dass im Prinzip ausreichend Kapital auf globalen Finanzmärkten vorhanden ist um Investitionen zur Einhaltung der Klimaziele zu tätigen. Auf dem 2009 stattgefundenen UN-Klimagipfel in Kopenhagen haben sich die Industrieländer verpflichtet, jährlich 100 Mrd. US-Dollar klimabezogene Gelder für Staaten des Globalen Südens bereitzustellen. Zudem haben sich die reichen Staaten im Pariser Abkommen von 2015 verpflichtet, finanzielle Ressourcen bereitzustellen, um Ländern des Globalen Südens bei der Finanzierung von Schäden und der Umstellung zu helfen, ohne eine Summe zu präzisieren. Die Gelder sollten eigentlich möglichst Haushaltsmittel sein (§9 des Pariser Abkommens). Bislang haben Staaten des Globalen Nordens ihre Zusage, jährlich 100 Mrd. US-Dollar an den Globalen Süden zu zahlen aber erst ab 2023 erfüllt. Mit einer Zahlung in Höhe von 6,39 Milliarden Euro im Jahr 2022 hat Deutschland seine Zusage leicht übertroffen, wobei derzeit (Januar 2024) die FDP wieder plant, Mittel für Entwicklung zu kürzen. Oxfam kritisiert, dass ein Teil der von den reichen Ländern verrechneten Gelder keine Haushaltsmittel sind, sondern zu ungünstigen Konditionen vergebene Darlehen und Subventionen (Kowalzig 2022). Gemessen an den Bedarfen sind die Finanzflüsse vom Norden in den Süden unzureichend. Nach 2025 soll ein neues Finanzierungsziel festgelegt werden.

Auf EU-Ebene soll die Klimawende über verschiedene, sich teilweise überlappende Initiativen und Instrumente insbesondere im Kontext des europäischen Green Deals finanziert werden. Die Europäische Kommission geht davon aus, dass der private Sektor und das Finanzsystem eine Schlüsselrolle bei der Einhaltung des Green Deals bzw. der Klimaziele spielen werden. Laut Aktionsplan der Kommission zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums von 2018 soll das Finanzsystem reformiert und so umfassend umgestaltet werden, dass privates Kapital in nachhaltige Investitionen umgelenkt wird (European Commission 2018, S. 1). Dieses Ziel soll in einem ersten Schritt durch Datenerhebung, Transparenz und Zertifizierung erreicht werden. Es soll klar werden, welche Auswirkungen wirtschaftliche Tätigkeiten auf die Umwelt haben, wobei die Taxonomie der EU ein wichtiger Baustein werden soll (European Parliament und European Council 2020; European Commission n.d.). Bei der Taxonomie handelt es sich um ein Klassifizierungssystem, das wirtschaftliche Aktivitäten nach einheitlichen wissenschaftlichen Kriterien bewerten soll, und zwar bezogen auf die Einhaltung von wissenschaftlich definierten Umweltzielen und Schaden durch Wirtschaftstätigkeiten. Die Umweltziele sind: 1) Klimaschutz, 2) Anpassung an den Klimawandel, 3) nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasserressourcen, 4) Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft, 5) Vermeidung von Verschmutzung und 6) Schutz von Ökosystemen und Biodiversität. Berücksichtigt wird auch, ob wirtschaftliche Aktivität einem der Ziele schadet. Außerdem sollen soziale Mindeststandards eingehalten werden² (European Commission n.d.). Dieses System soll Greenwashing verhindern und Investor:innen animieren, nachhaltig zu investieren. Die Taxonomie wird ergänzt durch

² Die Kriterien der Taxonomie wurden mit dem von Umweltverbänden stark kritisierten Beschluss des EU-Parlaments von 2022, Gas- und Atomkraftwerke in der EU ab 2023 unter bestimmten Bedingungen als nachhaltig einzustufen, bereits aufgeweicht.

Rechnungslegungs- und Offenlegungspflichten, die Etablierung von Nachhaltigkeitsratings, Pflichten von Finanzberatung und Unternehmensführung, sowie durch „Investitionen und Strategien der öffentlichen Hand“ zur Förderung nachhaltiger Investitionen und Aktivitäten der Aufsichtsbehörden (European Commission 2018, S. 17)(mehr zur Umsetzung in Richtlinie s. Abschnitt 3.2. zu Sustainable Finance). Weitere Maßnahmen, mit denen Klimaschutz finanziert wird finden sich im Gesetzespaket „Fit for 55“, wie Ziele im Rahmen des EU-Emissionshandels, die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) oder der Klima-Sozialfonds. 2023 gab die Europäische Kommission an, dass über 550 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt 2012-2027 und dem Aufbauinstrument *NextGenerationEU* für Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden. Auf EU-Ebene sind außerdem (u.a. finanziert durch den Verkauf von Emissionszertifikaten) soziale Ausgleichmaßnahmen für Regionen, Branchen und Beschäftigte vorgesehen, die besonders stark vom Umbau betroffen sind (Europäische Kommission 2023).

Europäische Politiken der Klimawende stehen in Interaktion mit den Politiken Chinas und der USA. China ist mittlerweile mit einem Anteil von 31% an den globalen CO₂-Emissionen der größte Emittent der Welt, wobei der Pro-Kopf-Verbrauch an CO₂-Emissionen von China mit 7,99 Tonnen fast auf dem Wert Deutschlands liegt (7,98 Tonnen pro Kopf) (Statista 2024a, 2024b). Wegen Chinas Größe ist die Entwicklung des Landes aufgrund des eigenen Ausstoßes, aber auch wegen der Wirtschafts- und Industriepolitiken und der dort verfolgten Standards äußerst relevant. Die Beziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen China als Lieferant von Fotovoltaik, seltenen Erden und Batteriezellen und westlichen Absatzmärkten sind stark (Germanwatch 2023). Laut Chinas *White Paper on Climate Change* von 2020 soll der Höchststand der chinesischen Emissionen noch vor 2030 erreicht sein und die Emissionen bis dahin gegenüber 2005 um 65% sinken; bis 2060 soll das Land CO₂-neutral sein (Sternfeld 2022). China will insbesondere in großer Dimension aufforsten, Wind- und Solarkraft ausbauen und setzt auf digitale grüne Technologien und Produkte, bei denen China international „Technologie- und Marktführerschaft erlangen möchte“ (Sternfeld 2022). Es ist jedoch unklar, ob diese Ziele realistisch sind, insbesondere ob die Umstellung des Energiesektors gelingt.

Die USA sind mit einem Anteil von 14% der globalen CO₂-Emissionen der zweitgrößte Emittent der Welt, wobei der CO₂-Ausstoß pro Kopf mit 14,95 Tonnen überdurchschnittlich hoch ist (vor den USA liegen nur Golfstaaten). Wegen der klimafeindlichen Politik der Republikaner bestehen große Risiken für den Klimaschutz im Fall einer zweiten Amtszeit Trumps, der angekündigt hat, Umweltpolitiken rückgängig zu machen, auf fossile Energien zu setzen und aus dem Pariser Abkommen auszusteigen (Fahrenbach 2023). Präsident Biden hat das Ziel ausgegeben, dass die USA bis 2050 klimaneutral und Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 2005 um Zweidrittel gesunken sein sollen. Bidens *Inflation-Reduction-Act* genanntes Gesetzespaket hat 369 Milliarden Dollar für Maßnahmen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Industriepolitik mit einer ökologischen Komponente vorgesehen, und zwar für den Ausbau von Infrastruktur wie Stromnetze und Ladeinfrastruktur, Carbon Capture und Subventionen für Forschung und Entwicklung von E-Fahrzeugen und Steuervergünstigungen für Investitionen in erneuerbare Energien (Fahrenbach 2023).

Kritisch diskutiert werden Chinas Politiken, weil die hohen Subventionen, etwa für E-Autos, zu einer Verzerrung der Märkte führen, sowie protektionistische Elemente des US-amerikanischen *Inflation Reduction Acts*, der auf eine Stärkung der nationalen Wertschöpfungsketten ausgerichtet ist. Das wirft die Frage nach der Subventionierung europäischer Produzent:innen auf bzw. nach Maßnahmen wie Strafzöllen. Die EU hat jedoch auch verschiedene Möglichkeiten, den Aufbau von Umwelttechnologien zu fördern, da das Beihilferecht, anders als häufig dargestellt, Möglichkeiten dafür lässt (Fisahn 2023).

3.2 Klimafinanzierungspolitiken in Deutschland

Die deutsche Ampelregierung erklärt in ihrem Koalitionsvertrag, das Erreichen der Klimaschutzziele von Paris habe oberste Priorität. Es müssten zusätzliche Mittel „in nie dagewesenem Umfang“ eingesetzt werden (SPD, DIE GRÜNEN, FDP 2021, S. 158), zugleich sollen Zukunftsinvestitionen ab 2023 aber nur noch im Rahmen der Schuldenbremse möglich sein (SPD, DIE GRÜNEN, FDP 2021, S. 158 ff). Steuererhöhungen sind nicht geplant (SPD, DIE GRÜNEN, FDP 2021, S. 164–166). Laut Koalitionsvertrag will die Regierung diesen scheinbaren Widerspruch durch Modernisierung und Anreize für private Investitionen und „unternehmerisches Wagnis“ lösen, „um so Wachstum zu generieren“ (SPD, DIE GRÜNEN, FDP 2021, S. 3). Realpolitisch gelang der Spagat zunächst, weil die Regierung den als Sondervermögen deklarierten Klima- und Transformationsfonds (KTF) einrichtete und den Fonds mit 60 Mrd. Euro umgewidmeten Corona-Hilfsgeldern ausstattete, so dass er für den Zeitraum von 2024 bis 2027 mit 212 Mrd. Euro ausgestattet war. Aus dem Klima- und Transformationsfonds sollen Projekte finanziert werden wie die energetische Gebäudesanierung (19 Mrd. Euro 2024), der Ausbau erneuerbarer Energien (EEG-Förderung, 126 Mrd. Euro 2024) und von Elektromobilität und Ladeinfrastruktur, Investitionen in die Bahn, die Halbleiterproduktion und die Wasserstoffindustrie und eine Strompreiskompensation für besonders energieintensive Unternehmen (Bundesregierung 2023b).

Verschiedene Maßnahmen sollen den Umbau mit höheren ökologischen und teilweise sozialen Standards unter Bedingungen des internationalen Wettbewerbs ermöglichen. Über das Förderprogramm Klimaschutzverträge (CCfD) sollen – sofern vereinbar mit dem Zuwendungsrecht der EU – Industrieunternehmen (z.B. der Stahlindustrie) unterstützt werden, die in klimaschutzfreundliche Anlagen investieren, sofern sich diese Investitionen in der Anfangszeit nicht rentieren und sich die Unternehmen an einem Bieterverfahren beteiligen (s. BMWK 2023). Zusätzlich soll auf europäischer Ebene ein Grenzausgleichsmechanismus (*Carbon Border Adjustment Mechanism*, kurz: *CBAM*) eingeführt werden, wobei Importeure ab 2026 CBAM-Zertifikate für energieintensive Produkte mit höherem CO₂-Gehalt zahlen müssen. Damit sollen Europäische Unternehmen vor Konkurrenz durch Unternehmen mit niedrigen Umweltstandards geschützt werden. Umwelt- und Sozialstandards sollen außerdem in Handelsverträge und WTO-Standards integriert werden oder durch das Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz befördert werden (SPD, DIE GRÜNEN, FDP 2021, S. 25ff, 64,158ff).

Bei der Klimafinanzierung spielen CO₂-Preise und Emissionshandel außerdem eine wichtige Rolle. Dabei gilt für Energieerzeuger und energieintensive Industriesektoren der EU-Emissionshandel, in den mit Verzögerung auch der Luftverkehr und die maritime Seefahrt einbezogen wurde und wird. Die bislang stark schwankenden CO₂-Preise in diesem Kontext (20 Euro pro t/CO₂ im Jahr 2018, 100 Euro im Jahr 2022) sollen so gestaltet werden, dass sie weniger volatil werden, aber sukzessive steigen (Börsenpreis = 85 Euro, Aug. 23). Zusätzlich wurde 2021 in Deutschland ein nationales Emissionshandelssystem eingeführt das fossile Energieträger wie Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel erfasst, die nicht vom EU-Emissionshandel abgedeckt sind. Der CO₂-Preis lag 2023 bei 30 Euro und soll bis 2026 auf 55-65 Euro pro Tonne CO₂ steigen (Bundesfinanzministerium 2022) bzw. 2027 auf 85 Euro (Haushaltsentwurf nach Handelsblatt 2023). Die Einnahmen des Fonds fließen in den KTF. Sofern in Zukunft die Sektoren Wärme und Verkehr über den Europäischen Emissionshandel erfasst sein werden, sollte das europäische System das nationale ersetzen. Es wird erwartet, dass es 2027 soweit sein kann, was relevant für die Energiepreise sein wird, weil der europäische CO₂-Preis am Markt entstehen soll und nicht mehr gedeckelt

sein soll wie Preise im Rahmen des deutschen Emissionshandels, was erhebliche Preissteigerungen bedeuten könnte. Da steigende Energiepreise insbesondere ärmere und mittelarmer Haushalte an die finanzielle Belastungsgrenze bringen, ist im Koalitionsvertrag eine Kompensation der Bürger:innen über ein Klimageld geplant, das an alle Haushalte ausgezahlt werden soll (SPD, DIE GRÜNEN, FDP 2021, S. 62). Im Gespräch sind derzeit rund 100 Euro pro Kopf pro Jahr. Der in Österreich seit 2022 implementierte Klimabonus betrug 2023 je nach Ausbau der Infrastruktur am Wohnort zwischen 110 und 220 Euro pro erwachsener Person, für Kinder die Hälfte (finanz.at 2024).

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im November 2023 entschieden hat, dass die Verschiebung nicht benötigter Coronahilfen in den KTF gegen die seit 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse (Art. 109 und 115) verstößt und gefordert hat, Mittel nur für das jeweilige Haushaltsjahr zu verwenden und nicht für längerfristige Projekte einzuplanen, brachen die Widersprüche der Finanzierungs- und Investitionspläne der Ampelparteien auf.

Der Haushaltsausschuss hat Mitte Januar 2024 beschlossen, zum ersten Mal seit 2019 Regeln der Schuldenbremse einzuhalten und Investitionen und Ausgaben trotz Krisen zu kürzen. Gegenüber den ursprünglichen Plänen sollen nun rund 14,5 Mrd. Euro schrittweise durch die Abschaffung von Subventionen für Agrardiesel gekürzt werden, für Entwicklung sollen rund 1,5 Mrd. Euro gespart werden (das betrifft den Etat des Entwicklungsministeriums und die Welthungerhilfe). Gekürzt werden soll ferner bei der Plastikabgabe, der Batterieforschung, beim Bürgergeld (für zwei Jahre) und dem Bundeszuschuss für Renten. Die Flugticketsteuer wird angehoben. Als nicht vorgesehene Ausgabe sieht die Koalition eine Mrd. Euro für den klimafreundlichen Neubau von Mietwohnungen vor (Stand 20.1.2024).

Die Koalition verschiebt zudem die Auszahlung des Klimagelds in die Zukunft. Finanzminister Lindner sah zunächst aus technischen Gründen (fehlende Digitalisierung der Behörden) und aufgrund von Datenschutz keine Möglichkeit, das Klimageld auszuzahlen, kündigte im Sommer 2022 jedoch an, die technischen Probleme seien in 18 Monaten, also bis März 2024 gelöst. Derzeit, im Januar 2024, sieht er allerdings immer noch keine Möglichkeit, das Klimageld auszuzahlen und verweist auf die nächste, im Herbst 2025 einsetzende, Legislaturperiode. Neben technischen Problemen spricht nun aus Lindners Sicht dagegen, dass für das Klimageld vorgesehene Mittel aus dem KTF anderweitig verplant seien; der grüne Wirtschaftsminister Habeck solle die Förderung von Zukunftstechnologien, z.B. Chipfabriken, kürzen.

Für mittel- und langfristige Projekte der sozial-ökologischen Transformation liegen noch keine konkreten Pläne vor, wie diese finanziert werden sollen, womit auch die Planungssicherheit fehlt. In den Klima- und Transformationsfonds fließen Einnahmen aus dem nationalen und europäischen Emissionshandel, die jedoch eine überschaubare Größenordnung haben. Für das Jahr 2024 sind diese Einnahmen beispielsweise auf 19,1 Mrd. Euro veranschlagt (Bundesregierung 2023b). Damit ist der KTF bzw. die sozial-ökologische Transformation nicht nachhaltig finanziert.

Die Sustainable Finance Initiative der Bundesregierung

Vertreter der Koalition argumentieren, ein sorgsamer Umgang mit öffentlichen Finanzen sei wünschenswert und es komme darauf an, intelligente Rahmenbedingungen zu schaffen, die private Investitionen in nachhaltige Projekte stimulieren. Die Ampel knüpft mit dieser Grundausrichtung an Pläne der Vorgängerregierung an, die 2019 die Sustainable Finance Initiative ausrief, die Politiken der Klimafinanzierung ausarbeiten und umsetzen sollte.

Der Begriff *Sustainable Finance* etablierte sich im internationalen Kontext ab 2015, im Zusammenhang mit dem Pariser Klimaabkommen, den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen und mit einer in Finanzkreisen vielbeachteten Rede des britischen Gouverneurs der *Bank of England* und Vorsitzenden des *Financial Stability Board* Mark Carney. In dieser Rede mit dem Titel „*Breaking the tragedy of the horizon – climate change and financial stability*“ kritisierte Carney die traditionelle Umweltökonomie dafür, dass sie eine „Tragödie der Commons“ sieht, die sie durch die Garantie von Eigentumsrechten und Angebotssteuerung überwinden möchte. Solch eine Theorie habe blinde Flecken und keine Antwort auf die Klimakrise. Vielmehr müsse eher von einer „Tragödie des Horizonts“ gesprochen werden, d.h. von Praktiken, die zukünftigen Generationen Klimaprobleme aufbürden, weil sich Entscheidungen an Konjunkturzyklen und Wahlperioden orientieren und die Lösung der Probleme das Mandat technokratischer Organisationen (wie von Zentralbanken) überschreite (Carney 2015, S. 3). Carney argumentiert weiter, Klimawandel könne die Finanzmarktstabilität beeinträchtigen durch physikalische Risiken (z.B. Naturkatastrophen), Haftungsrisiken (Zahlungsausfälle durch Betroffene des Klimawandels) und Übergangsrisiken, d.h. politische Entscheidungen, technologische und physische Änderungen, die zu einer Neubewertung von Anlagen führen (Carney 2015, S. 4). Er unterscheidet Risiken erster Ordnung wie direkte Betroffenheit von Naturkatastrophen, zweiter Ordnung, d.h. eine indirekte Betroffenheit die bspw. durch unterbrochene Lieferketten entsteht und dritter Ordnung, wobei es sich um Kosten handelt, die von Dritten übernommen werden. Dieses ist etwa der Fall, wenn Schäden einer Naturkatastrophe, die nicht versichert sind, sozialisiert und von der öffentlichen Hand übernommen werden. Nach Carney sinken die systemischen Risiken des Finanzsystems und es entstehen wirtschaftliche Möglichkeiten, wenn der Klimawandel möglichst schnell begrenzt wird und die Politik einen angemessenen Rahmen für die Bepreisung von Externalitäten schafft und – nach dem Vorbild der Versicherungen – langfristige Risiken einkalkuliert. Gelingt es jedoch nicht, den Klimawandel auf ein erträgliches Maß zu begrenzen, können selbst mit avancierten Modellen langfristige Risiken nicht mehr berechnet werden, wodurch das Finanzsystem destabilisiert werde. Durch Übergangsrisiken könnten sich Finanzanlagen entwerten, wenn etwa Geschäftsmodelle durch geänderte Regulatorik oder technischen Wandel an Wert verlieren.

Aus diesen Überlegungen zieht Carney den Schluss, dass die Situation angemessene Rahmenbedingungen erfordere, die Märkten erlauben sich an die neuen Erfordernisse anzupassen, was zunächst mehr Transparenz und Information erfordere, insbesondere zu langfristigen Risiken von Investitionen. Zum Zeitpunkt der Rede gäbe es 400 Initiativen, die zwar Information über Klimarisiken erheben, deren Daten aber bezogen auf die Bemessungsgrundlage (Klimaschutz oder, breiter gefasst, Umweltrisiken), ihrer Ambition und ihres verpflichtenden oder freiwilligen Charakters nicht vergleichbar seien. Stattdessen müsse ein konsistenter, vergleichbarer, verlässlicher, klarer und effizienter Standard zur Bewertung geschaffen werden. In einem weiteren Schritt solle die Politik festlegen, innerhalb welches Preispfades CO₂-Kosten zu erwarten seien. Außerdem sollten Stresstests Klimarisiken einbeziehen (Carney 2015). Grundzüge dieser Argumentation liegen dem EU-Aktionsplan „Finanzierung von Nachhaltigem Wachstum“ von 2018 und der *Sustainable Finance Strategie* der deutschen Bundesregierung (2021) zugrunde. In diesem Verständnis umfasst Sustainable Finance die Integration grüner Kriterien in das real existierende Finanzsystem, etwa in Form ethischer Banken bzw. Umweltbanken, Nachhaltigkeitsfonds (*Socially Responsible Fonds*, kurz: *SRI*), grüner Anleihen (auch Green Bonds genannt), von nachhaltigen Krediten, Nachhaltigkeitszertifizierung und der Berücksichtigung grüner Kriterien durch die Finanzmarktaufsicht. Das Konzept des *gestrandeten Vermögenswerts* (*stranded asset*) ist in der folgenden Diskussion ein wichtiger Bezugspunkt. Es bezeichnet die unerwartete oder verfrühte Abwertung von Anlagen (bis hin zum To-

talverlust), die sich heute noch, aber nicht mehr bei fortgeschrittener Klimakrise und Regulierung rentieren (etwa durch niedrige Preise für erneuerbare Energien und sinkende Preise für fossile Energien und Atomkraft oder durch Entwertung von Immobilien bei Naturkatastrophen). Ein hiermit verbundenes Szenario ist die Kohlenstoffblase.

2019 setzte die Bundesregierung einen ehrenamtlich tätigen Sustainable Finance Beirat ein, der aus Vertreter:innen der Finanz- und Realwirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft besteht und Finanzflüsse nachhaltiger ausrichten soll. Das Gremium soll Vorschläge erarbeiten, wie das Finanzsystem auf den „Strukturwandel“ ausgerichtet werden kann. Unter Strukturwandel versteht der Beirat eine Ausrichtung an international vereinbarten Emissionsreduktions- und Nachhaltigkeitszielen bei gleichzeitiger Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung am Standort Deutschland (Sustainable Finance Beirat der Bundesregierung 2019). Der Sustainable Finance Beirat schlug zunächst Maßnahmen vor, die große Überschneidungen mit dem Aktionsplan der EU haben. 2021 verfasste der Beirat einen Bericht mit Empfehlungen an die Bundesregierung, in dem er insbesondere „einen verlässlichen Politikrahmen“ fordert, der Finanz- und Realwirtschaft kohärent auf Nachhaltigkeit ausrichtet, sowie eine zukunftsorientierte, transparente und vergleichbare Unternehmensberichterstattung, Forschung und Wissensaufbau, „nachhaltigkeitswirksame Finanzprodukte, die den wachsenden Bedarf“ der Anleger:innen bedienen und eine institutionelle Verstetigung des Prozesses (Sustainable Finance Beirat 2021).

Die Sustainable Finance-Strategie der Bundesregierung hat Empfehlungen des Beirats größtenteils aufgegriffen. Die Strategie umfasst Punkte wie die Stärkung von Sustainable Finance im internationalen Kontext, d.h. auf europäischer Ebene, im Rahmen der G7, in der Entwicklungszusammenarbeit, bei multilateralen Entwicklungsbanken und in internationalen Gremien (wie der *Coalition of Finance Ministers for Climate Action*, dem *Network of Central Banks and Supervisors for Greening the Financial System*) (Deutsche Bundesregierung 2021, S. 18–22). Ein weiterer zentraler Punkt der Sustainable Finance Strategie ist die Stärkung der Transparenz über die Nachhaltigkeit wirtschaftlicher Tätigkeiten, etwa in der nichtfinanziellen Unternehmensberichterstattung, z.B. der europäischen CSR-Richtlinie, die Arbeit an globalen Rahmenwerken und Standards, der Taxonomie-Verordnung, der EU-Sorgfaltspflichtenrichtlinie („Lieferkettengesetz“) und die Einführung einer Nachhaltigkeitsampel für Finanzprodukte (Deutsche Bundesregierung 2021, S. 23–25). Des Weiteren sollen Finanzaufsicht und Ministerien Informationen über Klimarisiken erstellen und einen klimabezogenen Stresstest entwickeln, bessere Methoden zur Wirkungsmessung entwickeln und umsetzen, die soziale Nachhaltigkeit messen, sowie Auswirkungen auf Biodiversität und Naturkapital und Geschäftsmodelle der Kreislaufwirtschaft etc. bewerten (Deutsche Bundesregierung 2021, S. 26–29). Die Bundesregierung will die KfW zu einer nachhaltigen Bankengruppe ausbauen. Dafür sollen SDG-Beitrag und die Ausrichtung an den Pariser Klimazielen im strategischen Zielsystem verankert werden, ökologische, soziale und Governance-Kriterien (ESG) in das Risikomanagement integriert werden, Auswirkungen der finanzierten Vorhaben erhoben und das KfW-Portfolio bis 2050 klimaneutral gestaltet werden und das Angebot für Investitionen in Nachhaltigkeit ausgebaut werden (Deutsche Bundesregierung 2021, S. 30). Des Weiteren sollen innovative Technologien gefördert werden. Garantien und Bürgschaften in der Außenwirtschaftsfinanzierung und im Inland sollen mit Nachhaltigkeitsaspekten verknüpft werden (Deutsche Bundesregierung 2021, S. 31–32). Ferner soll der Bund grüne Bundeswertpapiere ausgeben und Informationen über die Taxonomie-Kompatibilität von Anlagen des Bundes bereitstellen und Nachhaltigkeitsstandards bei Anlagen berücksichtigen (Deutsche Bundesregierung 2021, S. 34–35). Finanzberater:innen müssen ferner fortgebildet und Anleger:in-

nen und Investor:innen informiert werden, Forschung und Wissensvermittlung sollen gestärkt und Bundesländer und Kommunen eingebunden werden (Deutsche Bundesregierung 2021, S. 36–38). Grundsätzlich sollen laut Sustainable Finance Strategie öffentliche Gelder eine möglichst große Hebelwirkung entfalten und maximale Anreize für nachhaltige private Investitionen schaffen. Viele zunächst freiwillige Verpflichtungen können später ggf. als verbindliche Regelungen institutionalisiert werden (Sustainable Finance Beirat der Bundesregierung 2019, S. 3). Neuere Vorschläge des Sustainable Finance Beirats gehen über ein enges, auf Transparenz, Datenerhebung und Risiken beschränktes Verständnis von Sustainable Finance hinaus und widmen sich der Transformationsfinanzierung von KMU, der Finanzierung von Hardware Startups, der Transformationsfinanzierung von Industrieunternehmen unter Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit und dem Ausbau nachhaltiger Infrastruktur der Kommunen und kommunalen Unternehmen (Sustainable Finance Beirat 2023).

Die Politik hat mit der Umsetzung der Pläne begonnen, allerdings nicht so schnell und ambitioniert wie in Kreisen von Sustainable Finance-Expert:innen erhofft. Bislang sind Angaben von Unternehmen über ihre Nachhaltigkeit nicht vergleichbar und häufig unvollständig. Es gibt keine gültige Definition von Sustainable Finance und eine Vielzahl unterschiedlicher, schwer vergleichbarer Anbieter, Zertifizierungsmethoden und Labels von Finanzprodukten und wirtschaftlichen Tätigkeiten (auf internationaler Ebene zertifizieren bspw. *MSCI ESG Ratings*, *Sustainalitics* oder *Bloomberg*). Viele Unternehmen veröffentlichen derzeit keine Daten, die eine Zertifizierung ermöglichen würden. Die neue EU-Richtlinie zur Unternehmens-Nachhaltigkeitsberichterstattung, genannt *Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)* soll das ändern. Die Richtlinie, die kommendes Jahr in deutsches Recht umgesetzt werden soll, verpflichtet Unternehmen nach Kriterien der EU-Taxonomie zu zertifizieren. Danach wird bewertet, inwiefern wirtschaftliche Aktivitäten signifikant zur Erreichung eines der sechs Umweltziele der Taxonomie beitragen und ob die wirtschaftliche Aktivität einem der Ziele schadet. Gegenüber der seit 2014 geltenden Richtlinie über die nichtfinanzielle Berichterstattung (*Non-Financial Reporting Directive*, kurz: *NFRD*) gilt die CSRD für mehr Unternehmen (früher 500, nun 15.000 Unternehmen), die umfangreicher nach einheitlichen Maßstäben berichten müssen, welche Auswirkungen die Unternehmenstätigkeit auf die Umweltziele hat und inwiefern das Unternehmen von einer gewandelten Umwelt betroffen ist („doppelte Wesentlichkeit“). Während Verstöße gegen die Berichtspflicht bislang ohne Folgen blieben, muss der Bericht nun extern geprüft werden und kann bei einer negativen Einschätzung im Rating herabgestuft werden (Emons 2023). Mit dem Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (auf europäischer Ebene die *Corporate Sustainability Due Diligence*-Richtlinie) sind international tätige Unternehmen ab 1000 Mitarbeiter:innen verpflichtet zu überprüfen, ob soziale und ökologische Kriterien in ihren Lieferketten eingehalten werden und diese umzusetzen. Bei Verfehlungen können Unternehmen von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden und/oder müssen Bußgelder bis zu 8 Mio. Euro oder 2% des Umsatzes (bei Unternehmen mit mehr als 400 Mio. Euro Jahresumsatz) zahlen. Derzeit (Januar 2024) ist allerdings nicht klar ob das europäische Lieferkettengesetz wirklich in Kraft tritt, weil die FDP es trotz vorheriger Zusage blockiert.

Für Finanzunternehmen gilt die 2019 erlassene Verordnung über die Offenlegung nachhaltiger Finanzen (auch *Offenlegungsverordnung* genannt bzw. *Sustainable Finance Disclosure Regulation*, kurz: *SFDR*). Sie müssen laut Richtlinie offenlegen, inwieweit sie Nachhaltigkeitskriterien in ihren Strategien, Prozessen und bei der Zusammenstellung ihrer Finanzprodukte bzw. Anlageentscheidung berücksichtigen und welche negativen Auswirkungen (bzw. ESG-Risiken) diese Finanzprodukte haben. Diese Informationen müssen gut verfügbar veröffentlicht werden. Diese Einstufung ist vor allem für Produkte relevant, die als

nachhaltig oder ESG-Finanzprodukte beworben werden. Laut Verordnung müssen Anlagen in drei Kategorien eingestuft werden: Ein Artikel 6-Finanzprodukt ist ein herkömmliches Produkt, ein Artikel 8-Finanzprodukt (auch *hellgrünes* Produkt genannt) beinhaltet ökologische und/oder soziale Merkmale und wird auch als ESG-Produkt geführt und ein Artikel 9-Finanzprodukt (*dunkelgrün*) muss explizit darlegen können, warum die finanzierten Anlagen einen Impact haben bzw. einem außerfinanziellen Nachhaltigkeitsziel dient. Eine weitere Vorschrift, die EU-MiFID-II Richtlinie, schreibt vor, dass Anlageberater:innen seit 2022 abfragen müssen, welche Nachhaltigkeitspräferenzen Kund:innen haben. Auf europäischer Ebene soll außerdem ein *Green Bond Standard (EU GBS)* für die Ausgabe ökologisch nachhaltiger Anleihen etabliert werden, die nach Kriterien der EU-Nachhaltigkeitstaxonomie bewertet werden (Rat der EU 30.10.2023). Auch die Finanzaufsicht widmet sich nachhaltigen Finanzen. In Deutschland hat die BaFin 2023 eine eigene Sustainable Finance-Strategie ausgerufen. Die Behörde distanziert sich explizit von „unterstützenden oder benachteiligenden Faktoren“, etwa für grüne oder braune Anlagen, weil solch ein Vorgehen aus Sicht der BaFin sinngemäß Marktrisiken nicht konsistent abbilde (BaFin o. J.). Sie will die Offenlegung zuverlässiger Daten zu finanziellen Klimarisiken durch Unternehmen und ihre Methoden prüfen und überwachen und Methoden der Messung finanzieller Risiken weiterentwickeln und versucht Greenwashing bzw. die Irreführung von Anleger:innen zu verhindern (BaFin o. J.).

3.3 Klimafinanzierung in Deutschland: Eine Zwischenbilanz

Als Zwischenbilanz kann festgehalten werden, dass die mit Sustainable Finance verbundenen Ziele bislang nicht erreicht wurden. Deutschland ist weit davon, führender Standort nachhaltiger Finanzierung zu sein. Anleger:innen haben aufgrund sukzessiver Greenwashing-Vorwürfe wenig Vertrauen in nachhaltige Finanzprodukte (Forum Nachhaltige Geldanlagen 2023). Verschiedene Zertifizierungen des gleichen Unternehmens kommen zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen (Kölsch 2023). Je nachdem welche Kriterien stärker gewichtet werden, gilt bspw. die Firma Tesla in einem Ranking als nachhaltig und einem anderen als nicht nachhaltig. Zudem erheben und publizieren viele Unternehmen immer noch keine Daten. Über Fragen der Transparenz hinaus, muss jedoch gefragt werden, ob Anleger:innen überhaupt gewillt sind, nachhaltig zu investieren, wenn andere Anlagen (scheinbar) höhere Renditen oder weniger Risiko darstellen. Der Markt für Sustainable Finance bzw. Climate Finance ist nach wie vor relativ klein. Eine von KANTAR durchgeführte Online-Umfrage des Bundesverbands der deutschen Banken (2023) ergab, dass 10% der Befragten zum Zeitpunkt der Befragung (2023) in nachhaltige Geldanlagen investiert hatten, 36% hatten es nicht getan und 54% gaben an, den Begriff nicht zu kennen. Die Anzahl der Personen, die in nachhaltige Anlagen investieren ist im Vergleich zum Vorjahr sogar um 1% gesunken (Bundesverband deutscher Banken Okt 23, S. 9). Diejenigen, die nicht nachhaltig investieren geben zu 46% an, zu wenig über nachhaltige Geldanlagen zu wissen, 16% haben kein Angebot ihrer Bank dazu, für 15% ist die Rendite zu gering, für 6% der Aufwand zu hoch und 31% haben kein Interesse an nachhaltigen Geldanlagen (Bundesverband deutscher Banken Okt 23, S. 11). Es ist anzunehmen, dass die Teilnehmenden der Umfrage eher in den Bereich der Kleinanleger:innen fallen. Gemessen am Vermögen spielt diese Gruppe jedoch eher eine untergeordnete Rolle. Das *Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG)* beurteilt die Entwicklung insgesamt positiver und beziffert den Anteil nachhaltiger Geldanlagen in Deutschland auf 578 Mrd. Euro und in Österreich bei 67 Mrd. Euro, was eine Verdreifachung seit 2018 bedeute (Forum Nachhaltige Geldanlagen 2023, S. 6). Die Zahl der Nachhaltigkeitsfonds (SRI-Fonds) in Deutschland habe sich von 700 im Jahr 2016 auf 6100 SRI-Fonds erhöht (Forum Nachhaltige Geldanlagen 2023, S.

8). Gleichzeitig räumt das Forum jedoch ein, dass viele Finanzakteure mit dem Vorwurf des Greenwashing konfrontiert seien, was auch damit zu tun habe, dass die Kriterien für Einstufung von Fonds als nachhaltig und/oder Impact-Fonds noch unscharf sind, Kund:innen höhere Erwartungen an Nachhaltigkeit haben als die Klassifizierung rechtlich erfordere. Weil die Regulierung sukzessive nachgebessert wird, müssen ehemals als nachhaltig geltende Fonds herabgestuft werden. Zudem sei der Begriff Greenwashing nicht einheitlich definiert (Forum Nachhaltige Geldanlagen 2023, S. 6–7).

In einer Gesamtsicht auf Klimafinanzierung kann festgehalten werden, dass die Bundesregierung ihre selbst gesteckten Umweltziele nicht erreicht hat. Es ist ihr nicht gelungen, ausreichend Gelder in nachhaltige Bereiche zu lenken. In ihrer Regierungszeit bis August 2023 hat die Ampelregierung 130 Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen beschlossen, die laut Expertenrat für Klimafragen eine „substanzielle Zielerreichungslücke“ bei der Reduzierung der Emissionen aufweisen (Expertenrat für Klimafragen 2023, S. 33) und die ein „zusammenhängendes schlüssiges, zwischen den Ministerien abgestimmtes Gesamtkonzept“ vermissen lassen. Das Klimaschutzprogramm 2023 unterstelle, so der Rat, „erhebliche privatwirtschaftliche Investitionen der Unternehmen und privaten Haushalte“, deren Machbarkeit „jedoch bisher weder einzelwirtschaftlich noch gesamtwirtschaftlich nachgewiesen“ sei (Expertenrat für Klimafragen 2023, S. 27). Der Expertenrat (Expertenrat für Klimafragen 2023, S. 35) kritisiert ferner die bestehenden umfassenden umwelt- und klimaschädlichen Subventionen und fordert mehr bedeutsame ökonomische Anreizinstrumente wie eine harte Begrenzung der Emissionsmengen und feste Obergrenzen im nationalen Emissionshandel „ergänzt durch flankierende Maßnahmen wie Klimageld“. Dabei entstehende Zielkonflikte müssten in Aushandlungsprozessen bearbeitet werden; die Politik müsse aktiv gestaltend vorgehen (Expertenrat für Klimafragen 2023, S. 35).

Ferner ist verwunderlich, dass weder die Sustainable Finance Initiative noch die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen der Verteilung von Vermögen und Einkommen, Umweltverbrauch und Klimafinanzierung thematisiert, der an anderer Stelle prominent diskutiert wird (z.B. Oxfam 2024; Stockholm Environment Institute/Oxfam 2021). Nach Berechnungen von Lucas Chancel sind die obersten 1% der Weltbevölkerung für fast 17% der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich und die obersten 10% für 48% des Ausstoßes. Die unterste Hälfte der Weltbevölkerung verursacht hingegen nur 11,5% der CO₂-Emissionen (Chancel 2022). In diesem Sinne argumentiert etwa Miriam Rehm und Koautor:innen, Klimaschutzinstrumente müssten die Reduktion von Luxusemissionen erreichen, während zugleich „Investitionen in eine energieleichte und emissionsfreie Daseinsvorsorge“ getätigt werden sollen und die Grundversorgung unterer Einkommens- und Vermögensschichten gewährleistet sein sollte (Rehm et al. 2023, S. 43).

Die Bundesregierung adressiert außerdem keine demokratiepolitischen Fragen, die mit dem starken Fokus auf private Gelder und Anleger:innen im Rahmen von Sustainable Finance einhergehen. Grundsätzlich folgen finanzielle Entscheidungen dem Motto „one dollar, one vote“ und nicht der Devise „one person, one vote“ (wie bei Wahlen). Angesichts der hohen und wachsenden Summen in den Händen einer kleinen Minderheit ist es sehr riskant, auf freiwillige Verhaltensänderung und Anlageentscheidung dieser Gruppe zu setzen, die zudem über Unternehmen in Profitlogiken und Konkurrenzsituationen eingebunden sind. Schließlich werden auch Think Tanks und Kampagnen zur Klimawandelleugnung von Superreichen finanziert (Oreskes und Conway 2014; Götze et al. 2022; Plehwe 2022).

Aus wissenschaftlicher Sicht ließen sich noch weitere grundsätzliche Einwände anbringen, warum die Maßnahmen der Bundesregierung, in ihrer derzeitigen Umsetzung, blinde Flecken aufweisen, etwa in

dem Verständnis von Geldpolitik und Verschuldung, der Überschätzung von Marktsteuerung oder der Ausblendung von Machtpolitik. Dieses Papier ist jedoch der Wahrnehmung der Klimafinanzierungspolitiken aus der Perspektive von Akteuren gewidmet, die bislang in diesem Diskurs unterrepräsentiert waren, weshalb ich hier keine Grundsatzfragen diskutiere. Bevor ich zu den unterrepräsentierten Positionen komme, gehe ich auf neuere Erhebungen zu gesellschaftlichen Spannungen um Umweltpolitiken ein, um deutlich zu machen, mit welchem Kontext zunächst technisch anmutende Diskussionen um Klimafinanzierung verbunden sind.

4 Gesellschaftliche Spannungen um Umweltpolitiken

Derzeitig realisierte Klimafinanzierungspolitiken mobilisieren also zu wenig Ressourcen. Es zeichnet sich darüber hinaus ab, dass politische Widerstände den ansatzweise vorhandenen Konsens über die Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise gefährden. Für unsere Fragestellung ist relevant, ob und inwiefern zwischen diesen Widerständen und Klimafinanzierungspolitiken Zusammenhänge bestehen. Dafür greife ich, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, jüngere soziologische und politikwissenschaftliche empirische Erhebungen und Theorien heraus, die Erklärungsvorschläge für Untätigkeit in Umweltpolitiken und Konflikten bieten.

Zunächst zeichnet sich ab, dass ein Zusammenhang zwischen sozialer bzw. finanzieller Stellung, Umweltbewusstsein und Umwelthandeln besteht. Verschiedene Untersuchungen zu Umweltwahrnehmung und Umweltverhalten haben gezeigt, dass Personen der unteren Einkommensstufen zwar vergleichsweise wenig Ressourcen verbrauchen, aber eher eine skeptische Haltung zu Umweltschutz einnehmen als Personen aus höheren Einkommensstufen (u.a. Bundesministerium für Umwelt 2023, S. 56–59). Nach einer internationalen Erhebung werden Klimaschutzmaßnahmen von Befragten jedoch unterstützt, wenn drei Bedingungen erfüllt sind. Die Maßnahmen müssen erstens effektiv und zielführend sein, zweitens sollen ihre Auswirkungen gerecht sein, insbesondere bezogen auf Verteilungswirkungen für Haushalte mit niedrigen Einkommen und drittens zählen die Auswirkung auf den eigenen Haushalt (Dechezlepretre et al. 2022). Die weit verbreitete Annahme, dass Umweltmaßnahmen finanziell schlechter gestellte Personen per se benachteiligt, sollte hinterfragt werden und nicht zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden, die Umweltmaßnahmen verhindert. Eine Metaanalyse von ex-post Literatur zur sozialen Wirkung von Umweltpolitiken ergab, dass Umweltpolitiken sowohl regressiv als auch progressiv wirken können, abhängig vom Instrument und seiner Ausgestaltung und dem jeweiligen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kontext, (Lamb et al. 2020).

Nach einer Untersuchung der Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser nimmt eine Mehrheit von 75% der Deutschen den Klimawandel als eine Bedrohung wahr, wobei finanziell schlechter Ausgestattete die Bedrohung etwas weniger stark empfinden (63% der Produktionsarbeiter:innen), die Sorge aber klassenübergreifend überwiegt (Mau et al. 2023, S. 214–220). Nur 23% gehen davon aus, dass der Klimawandel durch technische Innovationen bewältigt werden kann (Mau et al. 2023, S. 214–220). Der Konsens schwindet allerdings, wenn es um konkrete Maßnahmen geht (Holzmann und Wolf 2023; Mau et al. 2023). So sind nur 53% der Befragten für „mehr Windräder, auch in Ortsnähe“ (2023, S. 215). Eine weitere Studie zu Zielkonflikten der Transformation (Holzmann und Wolf 2023, S. 16) stellt fest, dass die meisten Deutschen Klimaschutz grundsätzlich unterstützen, „allerdings nicht uneingeschränkt“ (Holzmann und Wolf 2023, S. 16). Es gebe ein Spannungsfeld zwischen Tempo und Akzeptanz und

Klimapolitik werde als ungerecht und teuer wahrgenommen (Holzmann und Wolf 2023, S. 16). Übereinstimmend stellen die Untersuchungen fest, dass viele Befragte die ökologische Transformation nicht im Sinne der Green Economy als Wachstumstreiber oder „Win-Win-Situation“ wahrnehmen (wie bspw. Fücks 2019), sondern Wohlstand und Arbeitsplätze durch Klimaschutz gefährdet sehen (32% der Befragten bei Mau et al. 2023, S. 215), bzw. durch die Energie- und Verkehrswende (40% der Befragten bei Holzmann und Wolf 2023, S. 17). Die Mehrheit der Befragten nimmt Klimaschutz als soziales Problem wahr. Angst vor Wohlstandsverlusten haben mehr Arbeiter:innen als Angehörige der akademischen Mittelklasse (Mau et al. 2023, S. 229). Bezogen auf Beschäftigungseffekte sind Arbeiter:innen pessimistischer als Beamte (Holzmann und Wolf 2023, S. 41). Soziale Absicherung führt zu einer stärkeren Zustimmung zu Klimaschutz (Ötsch und Lehweß-Litzmann 2020). 64% der Befragten haben den Eindruck, dass der „Ruf nach umweltbewusstem Leben“ Arme zu wenig beachtet und 57% denken, dass diejenigen, die viel haben mehr zum Klimaschutz beitragen sollen (Mau et al. 2023, S. 214–220). Nur 20% der Befragten bewerten die Umsetzung der Transformation als gerecht, fast 54% als ungerecht, wobei Verteilungsungerechtigkeiten v.a. zwischen Einkommensgruppen wahrgenommen werden (Holzmann und Wolf 2023, S. 43–51). Mau, Lux und Westheuser nehmen an, dass die Bewältigung des Klimawandels zunehmend zur „umfassenden Gerechtigkeits- und Ungleichheitsfrage“ (Mau et al. 2023, S. 216) avanciere und ökonomische Ängste die Unterstützung der Transformation ausbremsen können (Mau et al. 2023, S. 217). Die ökologische Frage werde sich zunehmend als Klassenfrage stellen (Mau et al. 2023, S. 220). Konflikte um Klimaschutz entstehen ferner, wenn akademisch Gebildete den Fokus auf Wissensvermittlung und Verhaltensänderung legen, aber übersehen, dass ärmere Bevölkerungsgruppen nicht immer individuelle Spielräume haben um das Verhalten zu ändern, wenn etwa finanzielle Mittel und/oder Infrastrukturen fehlen, so dass ökologisches Verhalten als Distinktion gedeutet wird (Mau et al. 2023, S. 234–243; ähnlich Neckel 2023).

Gegen dieses Argument kann eingewendet werden, dass es als Vorwand dient, denn viele ökologische Maßnahmen werden abgelehnt, die keine finanziellen Kosten verursachen oder sogar Nutzen bringen, etwa Radfahren, ein Veggieday oder die Forderung nach Tempo 100. Geht es also weniger um finanzielle Möglichkeiten, sondern etwa um kulturelle Beharrungstendenzen oder politischen Willen? Mau, Lux und Westheuser (2023, S. 244–278) sehen in der Tat Aushandlungsprozesse in Gesellschaften, die sich nicht allein auf sozialökonomische Positionen zurückführen lassen. Kritisch werde es in Situationen, in denen es um die Ausbuchstabierung von Gleichbehandlung geht, um die Sicht darauf, was normal und was ein Verstoß gegen das Normale ist, in denen Entgrenzungsbefürchtungen bestehen und Eingriffe in Handlungsroutinen gefordert werden, die als Verhaltenszumutungen empfunden werden. Wenn der Eindruck entsteht, dass etwas zu weit gehe, sprechen Mau, Lux und Westheuser (2023, S. 244–278) von „Triggerpunkten“. Obwohl sich der breite gesellschaftliche Konsens der Mitte derzeit größtenteils auch in der Parteipolitik spiegelt, setzen „Polarisierungsunternehmer“ (S. 375), v.a. die AfD, an Triggerpunkten an um Wut zu schüren und versuchen Konsens in Klimafragen durch eine Bündelung von Triggerpunkten (Veggieday, Gendersternchen etc.) zu bündeln. Die Autoren beobachten eine Emotionalisierung des Konflikts, bei der die „Wut der Regressiven“ die „Wut der Progressiven“ übertreffe, insbesondere dort, wo die Agenda verschoben werde. Dem Lager, das schnell und aktiv gestaltend Maßnahmen der Transformation umsetzen wolle und sich als selbstwirksam wahrnimmt, stehe ein Lager gegenüber, das von Veränderungser schöpfung und passiver Hilfslosigkeit geprägt sei, flankiert von einer wenig sichtbaren Mitte (Mau et al. 2023, S. 339–350). Die Studie von Holzmann und Wolf (2023) widerspricht der These des Konsenses der Mitte nicht grundsätzlich, unterstreicht jedoch stärker Unterschiede entlang der politischen Ausrichtung. Die These, die Energie- bzw. Verkehrswende schade der Wirtschaft findet eine höhere

Zustimmung unter AfD-Anhänger:innen, tendenziell auch unter Unterstützer:innen der CDU/CSU und FDP, während Grüne und Linke eher Pläne eines schnellen Wandels unterstützen und sich die SPD bei Unstimmigkeiten raushalte (Holzmann und Wolf 2023, S. 30–31).

Der Politikwissenschaftler Thomas Biebricher führt polarisierende Kulturkämpfe, die zu einer Blockade von Umweltpolitiken führen können, auf die Krise des gemäßigten Konservatismus zurück. Wenn Inhalte konservativer Politik in Zeiten des Wandels sich als veraltet darstellen reagieren gemäßigte Konservative, indem sie schwer umkehrbaren Wandel akzeptieren und dazu gehörige Politiken moderat umsetzen. Dem gegenüber steht ein derzeit einflussreiches Lager von Konservativen, das versucht, durch Eingehen auf Inhalte rechtsextremer Parteien Wähler:innen zurückzuholen. Diese Taktik führe aber zu einer Etablierung und Anerkennung dieser Kräfte, verschiebe die Grenze des Sagbaren und stärke das rechtsextreme Original (Biebricher 2022, 2023). Gerade Umweltpolitiken eignen sich für Polarisierung, da rechtsextreme Parteien es geschafft haben, sich das Image der Fundamentalopposition zu verschaffen, zu einer von ihnen selbst konstruierten fiktiven Elite bzw. den „Altparteien“. Wenn Ängste vor dem Wandel in der Bevölkerung verbreitet sind und von Konservativen zusätzlich geschürt werden, erhöht sich also das Mobilisierungspotenzial der Rechtsextremen (Biebricher 2023).

Die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe (Mouffe 2016, 2018, 2023) nimmt die andere Seite des politischen Spektrums in den Blick und widmet sich der Krise der Linken. Ihrer Aussage nach haben linke Parteien in großen Koalitionen zunehmend Symbolpolitik betrieben und die Lösung von Problemen an technische Expert:innen delegiert, die innerhalb eines engen, durch die Koalition abgesteckten Rahmens Maßnahmen entwickelt haben. Da aber leidenschaftslose technische Entwürfe von Wähler:innen nicht verstanden und als Eliteprojekte gelesen werden und weil die Politik große, aber konfliktive Themen wie Verteilungspolitik ausblendet, sehen Wähler:innen weder eine grundsätzliche Verbesserung ihrer Position, noch identifizieren sie sich emotional mit den Inhalten; sie wenden sich von linken Parteien ab (Mouffe 2016, 2018). Bezogen auf Umweltpolitiken und Klimafinanzierung trifft die Diagnose dahingehend zu, dass innerhalb eines klar umgrenzten Korridors (z.B. Offenlegung ohne direkte Konsequenzen) technische Lösungen erarbeitet werden, die als elitär und zugleich wenig zielführend wahrgenommen werden. Mouffe empfiehlt linken Parteien, diese sollten Konflikte linkspopulistisch zuspitzen und den Kampf wagen, anstatt von Koalition zu Koalition mehr Wähler:innen zu verlieren. Es sei falsch, wenn linke Parteien Umweltpolitiken nicht zuspitzen, um den Konsens darüber nicht zu gefährden. Projekte des Green Deal der US-amerikanischen oder britischen Linken würden auf vorbildlich radikale Weise soziale Kämpfe und Klimabewegung verbinden und den Bruch mit dem Finanzkapitalismus wagen. Über die Arbeit an einer von unten betriebenen „grünen demokratischen Revolution“ könne wieder eine affektive Bindung geschaffen und wirksame Politiken umgesetzt werden (Mouffe 23, S. 71-93).

Welche Politiken sich aus den angerissenen Daten und Theorien ableiten lassen, ist nicht einfach festzustellen, da verschiedene Probleme und Handlungen komplex verwoben sind. Eine Quintessenz ist, dass Umweltpolitiken sozial und gerecht sein, sowie dass Anbiederung bei rechten Kräften nicht zielführend ist. Narrative wie *privates Kapital müsse durch einen intelligenten Rahmen umgelenkt werden* oder *Konsument:innen müssten gebildet und aufgeklärt werden* sind auf den ersten Blick wenig konfliktiv. Die Politik muss hier nur wenig regulieren, weder die Verteilungsfrage stellen, noch vereinfachte Ideen über Verschuldung korrigieren oder Suffizienz oder Verhaltensänderungen einfordern. Die Verantwortung liegt so im Schwarm, bei Marktakteuren und schlechten Vermittlern. Zugleich werden durch Klimawandel hervorgerufene Ereignisse aber zunehmend spürbar, so dass Klimapolitiken kurzfristig doch notwendig werden, nicht nur durch innere, sondern auch äußere Politiken (etwa durch das Verbot von

Verbrennungsmotoren auf lukrativen Auslandsmärkten). Hier kommt es dann zur „Transformation by Disaster“ und nicht zu einer geplanten Transformation. Zwar erhöhen bessere Aufklärung über die Umweltkrise, Selbstwirksamkeitserfahrungen und gemeinschaftliche Aktivitäten zum Erhalt der Umwelt (etwa im zivilgesellschaftlichen Kontext) die Zustimmung zu Umweltpolitiken und lindern das Gefühl des Kontrollverlusts. Solche, auf der individuellen Ebene ansetzenden Handlungsempfehlungen können aber auch Gefühle der Überforderung hervorrufen. Nicht jede Person hat überhaupt die Macht und Mittel, etwas Relevantes zum Umweltschutz und der eigenen Anpassung beizutragen. Moderate Projekte mobilisieren also nicht ausreichend und werden der Dimension des Klimawandels nicht gerecht. Radikal linke Projekte könnten, sofern sie erfolgreich sind, langfristig Mehrheiten für sozial-ökologische Politiken sichern, aber kurzfristig Wähler:innen der Mitte abschrecken. Es finden sich jedoch auch Zwischenwege, die sich jedoch von Politiken wie der derzeit betriebenen Klimafinanzierung dadurch abheben, dass sie das Problem von der individuellen auf die strukturelle bzw. institutionelle Ebene heben und sich beispielsweise rahmenden Sozial-, Struktur-, Steuer- und Arbeitspolitiken widmen, sowie dem Infrastrukturausbau. So schlägt beispielsweise das Konzept der „Fundamentalökonomie“ eine Wirtschaft vor, in der sichernde Infrastrukturen öffentlich aufgebaut werden, kombiniert mit einer Politik, die Ziele von Unternehmen und demokratisch bestimmte Ziele koppelt, beispielsweise in Unternehmensverfassungen (Foundational Economy Collective 2019). Breit aufgegriffen, ansatzweise umsetzbar und konsensfähig scheint auch das Prinzip der „Donut Economy“, einer Wirtschaft, die nach unten Mindeststandards garantiert und Verbrauch nach oben deckelt (Raworth 2021). Eine Bewertung von Klimafinanzierungspolitiken oder ein Vorschlag für deren Gestaltung soll und kann hier allerdings nicht auf der Grundlage ausgewählter Literatur vorgenommen werden, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt unter Berücksichtigung der Expertise der interviewten Personen im Folgenden.

5 Perspektiven aus Gewerkschaften, Umweltverbänden, Finanz- und Wirtschaftskritik und dem Globalen Süden

Wie dargelegt, wurden Instrumente der Klimafinanzierung bzw. Sustainable Finance zunächst stark aus der Logik des Finanzsektors gedacht, weniger aber im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Wirkungen. Finanzprodukte sollen zuerst in puncto Umweltauswirkungen transparent werden. Regulierer und Aufsicht beabsichtigen nicht, Maßnahmen zu ergreifen, die über die Offenlegung von Information und Bildungsmaßnahmen hinausgehen und begründen dieses damit, nicht in Märkte eingreifen zu wollen³ (BaFin o. J., S. 3). Von der Regierung außerdem favorisierte Instrumente wie CO₂-Steuern oder Emissionshandel wollen vor allem das Problem der negativen Externalitäten lösen und Umweltverbrauch verteuern. Diese auch von Umweltverbänden geforderten Instrumente wurden später durch Forderungen nach sozial flankierenden Instrumenten (wie dem Klimageld) ergänzt. Wie aber sehen bislang unterrepräsentierte, aber fachlich und gesellschaftliche relevante Positionen aus Gewerkschaften und Zivilgesellschaft Politiken der Klimafinanzierung der Bundesregierung?

³ Solch eine Argumentation übersieht allerdings grundsätzlich, dass Märkte und Marktregeln immer gesellschaftlich geprägt sind, angefangen von der Preissetzung (z.B. ungleiche Bezahlung von Arbeit aufgrund von Geschlecht) über Nutzungsrechte für Natur bis hin Kompensationsregeln für Umweltschäden.

5.1 Methoden

Im Rahmen des 2022 begonnenen Projekts „Klimafinanzierung und Zivilgesellschaft“ haben wir 25 Experteninterviews (Gläser und Laudel 2009) mit Vertreter:innen von Gewerkschaften, Umweltverbänden und -bewegungen, finanzkritischen und entwicklungspolitischen NGOs geführt. Als Vertretung von Beschäftigten sind Gewerkschaften relevant, weil Klimafinanzierung und Transformation bislang in erster Linie Top-Down von Unternehmensleitungen, Finanzwirtschaft und Politik gesteuert wurden. Gewerkschaften vertreten breite Bevölkerungsgruppen, die sonst nicht immer gehört werden und haben gute Erfahrungen in der Aushandlung und Bewältigung von Konflikten und Prozessen des Wandels. Dass Umweltverbände und -Bewegungen wichtige Ansprechpersonen sind liegt auf der Hand. Da Klimawandel ein globales Problem ist und geopolitische Spannungen zunehmen drängt es sich nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen auf, Positionen des Globalen Südens stärker zu berücksichtigen. Auch finanzkritische Vereine und Bewegungen, die bislang Mängel des Finanz- und Wirtschaftssystems aufgezeigt haben, können dazu beitragen, Schwachstellen der Systeme bei der Transformation zu identifizieren. Unser Sample umfasst die Gewerkschaften DGB, IG Metall, EVG, IG BCE, IG BAU und ver.di, die Umweltbewegungen, Verbände und Think Tanks Fridays for Future, BUND, NABU, FÖS, Climate & Company, FEST und Klima-Allianz, die Entwicklungsorganisationen Oxfam und Erlassjahr und die finanz- und wirtschaftskritischen Bewegungen und NGOs Urgewald, Attac, Finanzwende, GWÖ, Fair Finance, Facing Finance, jeweils einen Experten für MMT und aus dem Netzwerk Plurale Ökonomie / Post Growth.

Die Expert:innen wurden insbesondere nach ihrem Verständnis von Klimafinanzierung gefragt, nach bevorzugten Maßnahmen und einer Einschätzung der Politiken und der Rolle von Akteur:innen. Ziel der Befragung war, die Wirksamkeit der Sustainable Finance Initiative und der deutschen Klimafinanzierungspolitik einzuschätzen und Hinweise zur Weiterentwicklung zu erarbeiten. Die Befragung ist als Delphi-Verfahren angelegt, wobei die Befragten in einer ersten Befragungsrunde wie dargestellt befragt werden. Nach der Befragungsrunde wurden die Interviews in Form einer qualitativen (softwareunterstützten) Inhaltsanalyse untersucht. Die Problemanalyse der Interviewten und ihre Vorschläge für Lösungen und die Einschätzung der Maßnahmen wurden thematisch und nach Akteuren analysiert. In einem späteren Stadium werden die Aussagen auf Differenzen und Widersprüche zwischen Aussagen von Interviewten untersucht. Die Befragten haben in einer zweiten und ggf. dritten Fragerunde die Möglichkeit, eine vom Projektteam aus dem Interviewmaterial gewonnene Empfehlungsliste zu kommentieren und auf Kritik am eigenen Standpunkt einzugehen. Ziel des Verfahrens ist, Maßnahmen reflexiv unter Einbeziehung von Expert:innen mit unterschiedlichen Hintergründen weiterzuentwickeln. Eine Beschäftigung mit diesen unterrepräsentierten Sichtweisen soll helfen, Mankos der offiziell verfolgten Politiken aufzuspüren, soziale Spannungsfelder aufzuzeigen und Politiken und Maßnahmen ausgewogener und wirksamer zu gestalten.

5.2 Zwischenergebnisse: Was fehlt Politiken der Klimafinanzierung?

Grundsätzlich hat sich ergeben, dass die von der deutschen Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen um Klimaschutz zu finanzieren (wie die Sustainable Finance Initiative oder Maßnahmen des Koalitionsvertrags) von den befragten Expert:innen zwar grundsätzlich mitgetragen wurden. Alle Expert:innen waren jedoch besorgt, entweder wegen der mangelnden Ambition und Steuerung von Maßnahmen, der sozialen Schieflage, des mangelnden Tempos der Transformation, der fehlenden Effizienz und Kohärenz

der Maßnahmen und des fehlenden Willens von Koalitionsparteien, insbesondere der FDP. Die Sustainable Finance Initiative wurde unter vielen Expert:innen kaum wahrgenommen oder verfolgt.

Im Folgenden liste ich Politiken und Maßnahmen auf, die Interviewpartner:innen als wünschenswert oder fehlend angeführt haben. Die Vorschläge weise ich getrennt nach Akteursgruppen auf, um eine ansatzweise differenzierte Sicht auf gemeinsame und abweichende Vorstellungen zwischen den Akteursgruppen zu geben. Es handelt sich nicht immer um Positionen, die unter der jeweiligen Gruppe (Gewerkschaften, Umweltverbänden etc.) Konsens sind, sondern um Vorschläge von befragten Expert:innen oder aus Publikationen, auf die sie verwiesen haben. Einige Vorschläge wurden auch innerhalb der jeweiligen Expertencommunity kontrovers diskutiert. Die Vorschläge habe ich auf Grundlage codierter Zitate aus den Experteninterviews geclustert und selbst zusammengefasst. Es handelt es sich also nicht um ein abgestimmtes Gesamtkonzept. Die Vorschläge werden hier nicht bewertet, sondern erst in einem späteren Stadium des Delphi-Verfahrens wieder aufgegriffen, ggf. kritisch kommentiert und weiter ausgearbeitet.

5.2.1 Perspektiven aus Gewerkschaften

Die befragten Expert:innen aus Gewerkschaften sahen die Finanzierung von Klimaschutz insbesondere im Kontext der sozial-ökologischen Transformation der jeweiligen Branche und Region. Maßnahmen, die mit einem eng definierten Konzept von Sustainable Finance verbunden sind, wurden zwar befürwortet, aber als irrelevant betrachtet oder als Maßnahme, die zum Scheitern verurteilt ist, weil sie die profitorientierte Systemlogik negiert. Eine Finanzierung über privates Kapital wurde zwar begrüßt, aber es fehlten die verpflichtenden Instrumente und Politiken um das Kapital wirklich umzulenken. Mehr öffentliche Investitionen wurden als notwendig gesehen und die Schuldenbremse als ideologisches und dogmatisches Konzept gesehen. Expert:innen aus Gewerkschaften kritisierten vor allem die soziale Schieflage offizieller Politiken, sahen aber auch ein großes Potenzial in einer entschieden durchgeführten sozial-ökologischen Transformation, die auf aktive Industriepolitik und eine Verbindung von sozialen und ökologischen Anliegen setzt. Dabei machten einige Gewerkschaftler:innen jedoch auch deutlich, dass sie sich in erster Linie den Interessen ihrer Mitglieder am Beschäftigungserhalt und guter Arbeit verpflichtet sahen. Andere wiesen darauf hin, dass Gewerkschaften sich nun als Gestalter der Transformation sehen und Bündnissen mit der Umweltbewegung für beide Seiten vorteilhaft sind. Gewerkschaften befinden sich darüber hinaus scheinbar zunächst in einem Spannungsfeld von Standortsicherung und Protektionismus über hohe Standards, die etwa über Grenzausgleichsmechanismen durchgesetzt werden sollen. Unter Gewerkschaftler:innen konnten wir allerdings auch eine Sorge um global hohe Standards beobachten, aufbauend auf der Erkenntnis, dass nur eine globale Erhöhung der Standards Verlagerungen einbremst und Ausbeutung von Beschäftigten verhindert. Eine starke Unterstützung von Maßnahmen wie des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes macht das Bekenntnis glaubhaft. Wie von Gewerkschaften verfolgte Industriepolitiken (verbunden mit Rohstoffabbau etc.) einzuschätzen sind, kann hier nicht beurteilt werden.

Die folgende Liste zeigt, welche Politiken und Maßnahmen von Interviewpartner:innen aus Gewerkschaften als wünschenswert angeführt wurden.

Maßnahmen und Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation

- **Flankierende Politiken:** Die Transformation muss gezielt durch Arbeits- und Sozialpolitiken, Struktur-, Industrie- und Regional- bzw. Clusterpolitik begleitet werden.

- **Aushandlungsforen:** Institutionalisierte Einbeziehung relevanter Stakeholder nach Vorbild der Kohle-Kommission. Solche Gremien sollten bis zur Erreichung der gesteckten Ziele verstetigt werden und kontrollieren, ob und inwieweit die Regierung die Ziele umsetzt und erreicht hat.
- **Ausbau der öffentlichen Infrastruktur:** Die Ladestruktur soll ausgebaut werden, wobei überlegt werden müsste, ob die Automobilindustrie das nicht mitfinanziert, oder Unternehmensabgaben, denn das sollten nicht alle Steuerzahler zahlen. Vorbildlich für die Finanzierung der Schieneninfrastruktur ist der durch verschiedene Steuern gespeiste Infrastrukturfonds der Schweiz. Stromnetze sollten wieder über die öffentliche Hand betrieben werden. Anstatt zu diskutieren, wie das finanziert wird, geht Zeit mit Überlegungen verloren, wie Projekte hinreichend rentabel gestaltet werden, sodass private Betreiber der Stromnetze die notwendigen Investitionen tätigen.
- **Stärkung der öffentlichen Verwaltung,** die mit gestiegenen Aufgaben der Transformation handlungsfähig sein bzw. werden muss. Sie muss ausreichend besetzt sein, auch mit entsprechenden Fachleuten, u.a. um Genehmigungsverfahren beschleunigen zu können.
- **Dezentrale Energieversorgungsstrukturen stärken,** auch in der Form einer direkten Beteiligung der Betroffenen über Genossenschaftsmodelle. Mit Stadtwerken und überregionalen Energieversorgern eine konstruktive Debatte zum Thema Dezentralität versus Zentralität führen (vermutlich schwierig, aber sinnvoll).

Reform des Rechtsrahmens

- **Reform des EU-Beihilferechts:** Zusätzlich zu klimagerechten und innovationsfördernden Kriterien sollten Aspekte wie regionale Wertschöpfung, faire Entlohnung und gute Arbeit berücksichtigt werden. Dabei geht es u.a. um den Aufbau neuer industrieller, qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze, damit die Transformation sozial und auch ökonomisch entlang der Wertschöpfungskette abgesichert ist. Derzeit scheidet dieses Vorhaben, weil das Beihilferecht keine Förderung von Unternehmen vorsieht, die industriell ausgerichtet sind und Arbeitsplätze schaffen, sondern nur von Forschungs- und Experimentierprojekten. Direktvergaben sollten wieder möglich werden.
- **Neue Wohngemeinnützigkeit:** Wohnungsbau-Gesellschaften, die von der Steuer befreit sind, sollen im Gegenzug garantieren, dass die Erträge immer wieder in Wohnungsbau fließen und dass sie soziale und ökologische Kriterien erfüllen.

Sustainable Finance, Subventionen und Finanzierungsinstrumente

- **Transformationsfonds:** Ein langfristig angelegter schuldenfinanzierter Transformationsfonds, der „in Einklang mit ESG-Kriterien rendite-orientiert in besonders betroffene Industrieunternehmen investiert, Start-ups fördert und Forschung und Entwicklung unterstützt“, Engpässe bei Großinvestitionen überbrückt und „Vermögenswerte in öffentlicher Hand schafft“ (Dullien et al. 2021).
- **Sondervermögen für Klimaschutz.**
- **Konditionierung von Subventionen:** Zuschüsse sollten mit sozialen Verpflichtungen, mehr Mitsprache und Umweltauflagen verbunden werden.

- **Reichtum besteuern:** Stärkere Finanzierung der Transformation über Vermögens- und/oder Erbschaftssteuern und/oder Steuern auf hohe Einkommen.
- **Klimageld** als Kompensation für steigende CO₂-Preise.
- **Mehr Regulatorik in den bestehenden Rahmen von Sustainable Finance integrieren.** Es ist unwahrscheinlich, dass Investoren freiwillig ihre Anlage- und Investitionsstrategie ändern. Aufsicht oder Zentralbanken könnten Penalizing Factors einführen, die Investitionen mit ESG-Risiken schlechter bewerten.
- **Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse.**

Banken

- **Mehr Einfluss in Aufsichtsräten der Banken ausüben:** Vertreter:innen von Gewerkschaften könnten „idealtypischer Weise“ in den Aufsichtsräten der Banken stark Einfluss nehmen nach welchen Kriterien Finanzierung strukturiert wird, bei Nachhaltigkeitsprüfungen bei Kreditvergabe usw. „Wenn sich zwei bis drei Leute vor Ort drum kümmern, die Nachhaltigkeitsfragen ernst nehmen, können die den Vorstand richtig nerven“.
- **Branchendialoge:** Gewerkschaften könnten Branchendialoge organisieren, wo Branchen voneinander lernen, und zwar in mitbestimmten Banken oder bei den mitbestimmten Finanzinvestoren.

5.2.2 Perspektiven aus Umweltbewegung, Umwelt-NGOs und Think Tanks

Expert:innen aus Umweltverbänden und Bewegungen hatten sich teilweise erst seit kürzerer Zeit mit Finanzierungsfragen beschäftigt, wohingegen der Umweltbewegung nahestehende Expert:innen aus spezialisierten Think Tanks langjährige Expertise in spezialisierten Finanzierungsinstrumenten hatten. Ein zu beobachtendes Muster zeigte, dass in der Anfangsphase der Beschäftigung einiger Expert:innen mit Finanzsystemen und Klimaschutz marktbasierende Instrumente (Emissionshandel und Umweltsteuern mit Lenkungswirkung) eine wichtige Rolle gespielt haben, dann Instrumente aus dem Bereich Sustainable Finance in den Fokus gerückt sind. Diese Politiken waren aber nicht allen Befragten näher bekannt. In der letzten Zeit, im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Maßnahmen der ökologischen Transformation, wurden die soziale Frage sowie Verteilungsfragen stärker diskutiert. Alle Expert:innen aus dem Umweltbereich betonten, dass soziale Auswirkungen von Umweltmaßnahmen und Finanzierungsinstrumenten berücksichtigt werden müssen. Viele Befragte verlangten nach ordnungspolitischen Maßnahmen, mehr proaktivem Umweltschutz durch die Regierung und hatten den Eindruck, dass die Politik zu stark fossilen Lobbys nachgibt.

Die folgende Liste zeigt, welche Politiken und Maßnahmen von Interviewpartner:innen dieses Spektrums als wünschenswert angeführt wurden.

Finanzierungsinstrumente und -politiken und Sustainable Finance

- **Klimafinanzierungspolitik konsistent gestalten:** Konsistenz von Finanzflüssen nach französischem Vorbild gestalten, d.h. schädliche Finanzflüsse abbauen, positive Finanzflüsse bzw. Klimafinanzierung aufbauen. Es ist paradox, die öffentliche Vergabe nicht nachhaltigen Kriterien folgt und dass klimaschädliche Subventionen noch nicht gestrichen sind.

- **Konsequenter Abbau umweltschädlicher Subventionen.**
- **Klimafinanzierung als ausgewogenes Maßnahmenpaket** konzipieren, das Steuerpolitik, Fiskalpolitik, Subventionen, CO₂-Handel (CO₂-Preis, CO₂-Steuer, Emissionshandel) kombiniert. Diese Instrumente müssen alle zusammenwirken.
- **Finanzierung von natürlichem Klimaschutz sicherstellen:** Finanzierung von natürlichem Klimaschutz (Wiedervernässung von Mooren, natürliche Wälder, Ozeane) muss aufgestockt werden. Flächenkauf ist besonders wichtig und darf nicht wie derzeit ausgeschlossen werden.
- **CO₂-Steuer erhöhen und als Kompensation Klimageld einführen,** als Steuerungsinstrument (CO₂-Steuer) und zur Sicherung des politischen Rückhalts von Umweltpolitiken (Klimageld).
- **Sondervermögen für Klimaschutz.**
- **Hohe Einkommen und Vermögen besteuern um Luxuskonsum zu reduzieren, in Kombination mit Umweltsteuern.** Konsum muss in bestimmten Bereichen verringert werden. Aus einer prinzipiellen, ökologischen Ökonomik-Sicht wäre es sinnvoll, neben CO₂-Emissionen auch hohe Einkommen und Vermögen zu besteuern um überschüssigen Konsum zu reduzieren und Einnahmen für Klimaschutz zu finanzieren. Aus einer Klimaschutzperspektive wäre sinnvoller, Investitionen sowohl aus ökologischen Steuern, als auch aus Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen zu finanzieren.
- **Ergänzende Steuerfinanzierung des Klima- und Transformationsfonds:** Der KTF ist dauerhaft nur über CO₂-Steuern finanziert, die erstens regressiv sind und zweitens eigentlich ein Steuerungsinstrument. Man braucht andere strukturelle Maßnahmen um den Finanzbedarf für Investitionen in die klimaneutrale Gesellschaft auffangen zu können. Optionen sind Vermögenssteuern und -Abgaben, Erbschaftssteuern, aber auch höhere Steuern für die Top Einkommen in Deutschland.
- **Risikokapital für nachhaltige Projekte mobilisieren:** In Deutschland ist zu wenig Risikokapital (für nachhaltige Projekte) vorhanden. Hier könnte die öffentliche Hand unterstützend tätig werden, besonders bei innovativen Technologien und längerfristigen Projekten, die Banken nicht finanzieren. Der Mittelstand könnte eingebunden werden.

(Un) Sustainable Finance

- **Divestment ausweiten:** Anleger:innen sollten aus der Finanzierung umweltschädlicher Tätigkeiten aussteigen (z.B. Fossil Free Deutschland o. J.).
- **Fossile Firmen von der Börse ausschließen:** Bestimmte Produkte (geächtete Waffen) werden nicht an der Börse gehandelt. Fossile Firmen können von der Börse ausgeschlossen werden.
- **Engagement ausweiten:** Es ist relevanter, Einfluss auf Wirtschaftstreibende zu nehmen, die derzeit noch klimaschädlich tätig sind.
- **Taxonomie entschlossen umsetzen, anwenden und reformieren.** Die Einstufung von Atomstrom als nachhaltig ist schädlich. Die deutsche Regierung könnte stärker die Taxonomie verwenden, anstelle der eigenen ESG-Bilanzierung oder der dehnbaren SDGs.

Regulierung/Ordnungspolitik

- **Regulierung und Finanzierung konsistent gestalten.** Regulatorik ist zu wenig stringent. Eine angemessene Preisgestaltung der CO₂-Emissionen steht bspw. aus.
- **Regulierung anstelle von Verantwortungsdelegation:** Anstatt überwiegend private Akteure zu adressieren sollte die Politik mehr auf der Policy Ebene regulieren. BaFin, Regulierungsbehörden und Zentralbanken könnten mehr Anreize für nachhaltige Tätigkeiten setzen.
- **Staatliche Vorreiterrolle ausbauen:** Länderfinanzen, Anlagepolitiken der öffentlichen Institute sollten stärker ESG-konform bzw. klimakonform sein und von einer Fiskalpolitik flankiert sein, die dieselben Nachhaltigkeitsziele verfolgt. Öffentliche Fonds und Rentenkassen sollen gesetzlich verpflichtet werden, nachhaltig zu investieren.
- **Green Budgeting** (nachhaltige Haushaltsführung) nach dem Vorbild anderer Länder, v.a. Frankreichs (Grégoire-Marchand und Adam 2023). Deutschland geht mit den „Spending Reviews“ einen ersten Schritt, legt dabei aber nur die SDGs zugrunde, während Frankreichs Green Budgeting auf Grundlage der Taxonomie und ihren sechs Umweltzielen bilanziert (ergänzt durch eigene Nachhaltigkeitsindikatoren) und auch klimaschädliche Aktivitäten einbezieht. Die Französische Verwaltung geht jeden Haushaltsposten, die Ausgaben und Steuervergünstigungen durch und stellt fest, wie sich diese auf Klimaschutz, Klimaanpassung, Biodiversität auswirken.
- **Transparenzverpflichtungen nach französischem Vorbild:** In Frankreich müssen Finanzinstitute einen Ausstiegsplan aus Kohle, Öl, Gas vorlegen. Öffentliche Stellen veröffentlichen diesen Plan. Es handelt sich um einen vorbildlichen Fall einer „von oben-gesteuerten Transparenz“.
- **Der Natur ein Preisschild geben.** Damit sollen Wirtschaftstreibende etwas für Naturverbrauch zahlen (bspw. Nestlé für abgepumptes und weiterverkauftes Wasser).

Sozial-ökologische und demokratische Transformation der Wirtschaft

- **Reform der Kommunalwirtschaft und kommunaler Finanzen:** Formen der Daseinsvorsorge, die über kommunale Organisationen finanziert werden, (Stadtwerke, Busse und Kulturbetrieb) werden heute über den Gasverkauf (Stadtwerke) finanziert. Es braucht neue Finanzierungsquellen für die öffentliche Daseinsvorsorge im Bereich. Dazu kommen Klimaanpassung wie der Schutz vor Überschwemmungen, der Hitzeschutz etc. Kommunen brauchen neue Finanzquellen. Eine Vermögensabgabe kommt in Frage, die auch im Finanzföderalismus auch den Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt werden könnte.
- **Orientierung an Grundsätzen der Donut Economy** (Raworth 2021).
- **Förderung der Kreislaufwirtschaft.**
- **Ausweitung von Prosum:** Der billigste Strom ist der selbst produzierte. Die Bundesregierung könnte es den Unternehmen zur Auflage machen, selbst zum Stromproduzenten zu werden. Viele Unternehmen verfügen über Dachflächen die einfach nicht genutzt werden. Unternehmen könnten auch Teilhaber an Windparks werden.
- **Wirtschaft wachstumskritisch neu denken:** Grundsätzlich sollte überlegt werden: Was sollte man nun wirklich produzieren und wie organisiert man die Arbeitszeit, gesellschaftlich?

Reform des Rechtsrahmens

- **Nachhaltig handelnde Vermögensverwalter juristisch absichern:** Die rechtliche Verpflichtung des Vermögensverwalters sollte dahingehend abgesichert werden, dass die Person nachhaltige Entscheidungen treffen kann.
- **Vergaberecht reformieren:** CO₂-Schattenpreise können bei der Vergabe berücksichtigt werden (CO₂-Footprint von Angeboten für bestimmte Lebenszeit vergleichen, dann X Euro pro Tonne CO₂ ansetzen).
- **Natur als juristische Person anerkennen,** damit Prozesse im Namen der Natur geführt werden können.

Banken

- **Möglichkeiten von Banken nutzen:** Regionalbanken könnten eine große Breitenwirkung haben, insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die noch nicht ausgeschöpft ist.

Transparenz und Regulierung

- **Verpflichtende Kennzeichnung nachhaltiger Fonds:** Klare Kennzeichnung nachhaltiger Fonds und von Bond-Produkten, auf Grundlage eines verpflichtenden juristischen Rahmens und standardisierter Kriterien.

Wissen und Bildung

- **Konzept für die Umgestaltung des Finanzsystems im Gesamtsystem:** Es fehlt der Gesamtblick darauf, wie man das Finanzsystem in all seinen Facetten umgestalten kann und es an die Herausforderung der Klimakrise anpassen kann. Die Meisten haben Einzelvorschläge.
- **Wissen und Vermittlung:** Mehr Bewusstseins- und Wissensentwicklung auf allen Ebenen, beginnend an Universitäten und Schulen, über Industrieverbände, IHK und Zivilgesellschaft. Das Gesamtnarrativ muss stärker werden, da nur einzelne Maßnahmen gesehen werden, die nur einzelne Gruppen treffen. Die Zivilgesellschaft hat sich bislang wenig mit dem Thema beschäftigt, könnte es aber so vermitteln, dass es für Laien verständlich ist.
- **Wissen aufbauen zur Wirksamkeit von Finanzprodukten:** Welche Finanzprodukte, welche Investitionen haben wirklich eine echte zusätzliche positive Wirkung? Sollen aktivere Ansätze wie Engagement, Stimmrechte-Ausübung etc. bevorzugt werden, um wirklich einen Einfluss zu haben?
- **Sozial-ökologisches Maßnahmen-Design abwägen:** Politik soll sozial und umweltfreundlich sein. Aus Regulierungssicht ist es aber auch manchmal sinnvoll, soziale und Umweltzwecke in einem Instrument zu verbinden, sondern stattdessen Sozialpolitik zu betreiben oder ordentliche Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer einführen und eine ordentliche Grundversorgung für Menschen mit niedrigen Einkommen. Lösungen sollten dahingehend durchdacht sein.

5.2.3 Expert:innen in der Kritik von Finanz- und Wirtschaftssystemen

Expert:innen dieser Rubrik betrachteten Sustainable Finance-Initiativen, sofern sie überhaupt bekannt waren, grundsätzlich positiv, wenngleich als relativ wirkungslos. Sie hatten aber große Sorge, dass darüber das größere Problem, nämlich die Eingrenzung der fossilen Wirtschaft, aus dem Blick gerät und befürchteten, dass sich die Politik nicht gegen Unternehmenslobbys durchsetzt. Das Spektrum der präferierten Maßnahmen in dieser Gruppe war breit und reichte von einer Verbesserung und Weiterführung der Sustainable Finance Initiative, über lokale Transformationsnetzwerke, bis hin zu weitreichenden systemischen Änderungen, etwa im Bereich der Geldpolitik bis hin zu einer Hinterfragung der Wachstumslogik. In dieser Gruppe gab es starke Präferenzen für öffentliche Steuerung und Politiken bei gleichzeitiger Bürgerbeteiligung, bei der Mehrheit der Interviewten ebenso ein starkes Bewusstsein für Verteilungsfragen und die Demokratisierung der Wirtschaft.

Die folgende Liste zeigt, welche Politiken und Maßnahmen von Interviewpartner:innen dieses Spektrums als wünschenswert angeführt wurden.

Finanzierungsinstrumente und -Politiken

- **Divestment ausweiten:** Anleger:innen sollten aus der Finanzierung umweltschädlicher Tätigkeiten aussteigen (z.B. Urgewald o. J.).
- **Finanzierung über Besteuerung von Reichtum und Unternehmensgewinne:** Steuern auf hohe Vermögen, Erbschaften und/oder Einkommen und Unternehmensgewinne erhöhen um Mittel für die gezielte Finanzierung von Maßnahmen zu haben. Zugleich reduziert dieses destabilisierende Kapital an Finanzmärkten und Ungleichheiten, die ein bedrohliches Ausmaß angenommen haben.
- **Klimageld einführen** als Kompensation für die CO₂-Steuer, zur Rückverteilung und zur Sicherung des politischen Rückhalts von Umweltpolitiken.
- **Umweltschädliches verteuern, Grundversorgung garantieren und ggf. vergünstigen:** Politiken und Instrumente, die Bezieher:innen niedriger Einkommen in absichern und kompensieren.
 - Luxussteuer einführen bei gleichzeitiger Verbilligung von Grundnahrungsmitteln.
 - Subventionen für fossile Energien streiche und dafür Grundnahrungsmittel verbilligen (Verweis auf Umweltbundesamt).
 - Gewinne nach Vorbild Spaniens besteuern und Maximalpreis für Energie einführen (die Inflation liegt so bei nur 2%).
 - Weitere gezielte Instrumente wie z.B. Investitionszuschuss beim Kauf von energiesparenden Haushaltsgeräten für Geringverdiener und/oder Sozialhilfehaushalte.
- **Sondervermögen für Klimaschutz.**
- **Mehr Gelder für Ökosystem-Dienstleistungen (Ecosystem-Services).** Diese sollten nicht über private, sondern öffentliche Akteure abgewickelt werden.

- **Reform der Taxonomie.** Die Taxonomie sollte weiterentwickelt und ambitionierter werden.
 - Die Einstufung von Atomstrom als nachhaltig ist ein großer Schaden für die Taxonomie und untergräbt die Glaubwürdigkeit des Systems.
 - Erweiterung der Taxonomie um eine soziale Taxonomie ist notwendig.
 - Die Transformationsdimension (Amber Taxonomie) sollte beachtet werden, wobei es sich um Investitionen in Unternehmen handelt, die grün werden wollen, aber es noch nicht sind. Wie kann gemessen werden, dass das Unternehmen auf dem richtigen Weg ist?
 - Klassifizierung nicht-nachhaltiger Technologien (wie blauer Wasserstoff) als nicht-nachhaltig ist notwendig.

Bankensektor nutzen

- **Öffentlichen Bankensektor nutzen:** Deutschland mit dem öffentlich-rechtlichen Bankensektor eine gute Ausgangssituation, um diese Transformation zu stemmen, die nicht genutzt wird. Gemeinwohlverpflichtung der Sparkassen sollten im Hinblick auf Nachhaltigkeit mit Substanz gefüllt werden (Becker/Büttner/Held 2021, S. 22–37). Gemeinwohl bedeutet derzeit, Finanzdienstleistungen anzubieten. Stattdessen könnte Gemeinwohl bedeuten, Projekte zu finanzieren, die Paris-kompatibel sind und sich an den UN-Nachhaltigkeitszielen orientieren. Das wäre rechtlich auf Landesebene möglich (Landessparkassengesetz).
- **Mehr Mitbestimmung bei öffentlichen Banken,** bei der Kreditvergabe gerade im genossenschaftlichen Bereich oder im Bereich der öffentlich-fundierten Banken, also der Sparkassen.
- **Bürgerbeteiligung bei öffentlichen Banken.** In öffentlichen Banken bzw. Sparkassen wäre es möglich, mit Beiräten zu arbeiten. Derzeit gibt es allerdings noch kein erprobtes Modell.
- **Förderbanken besser nutzen.**

Regulierung / Ordnungspolitik

- **Investitionen über Vorgaben veranlassen:** Der Staat soll über seine Vorgaben Investitionen notwendig machen. Kreislaufwirtschaft lässt sich beispielsweise fördern, wenn die Regierung eine Recyclingquote von 50% vorschreiben würde. Dann würden Investitionen folgen.
- **Anreizsysteme reformieren zur Belohnung umweltfreundlicher Maßnahmen.** Beispielsweise wäre es ökologisch zielführend und gerecht, Gesetze zu erlassen, die Transportkosten von Strom einkalkulieren. Dann hätte Bayern mehr Anreize, Erneuerbare Energien auszubauen.
- **Änderung der Sozialgesetzgebung.** Die Sozialbücher sprechen davon, dass die Leistung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit folgen muss. Die Sozialgesetzgebung soll künftig wie folgt geregelt sein: Die Leistung folgt der Wirtschaftlichkeit, den Geboten der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit und der Nachhaltigkeit. Damit die dafür erforderlichen Aufwendungen eingepreist werden können in die Leistungsentgelte.
- **Verpflichtung, eine Gemeinwohlbilanz zu erstellen** für Unternehmen mit mehr als 600.000 Euro Umsatz machen.

- **Gemeinwohlorientierte Unternehmen belohnen:** Gemeinwohlbilanz bei Vergaben berücksichtigen. Vorrang für Unternehmen mit positiver Gemeinwohlbilanz bei öffentlicher Vergabe. Zugang zum Kapitalmarkt nur mit einer angemessenen Gemeinwohlbilanz.

Zentralbanken

- **Zentralbankreform** (verbunden mit Reform der Verfassung der EU/der europäischen Verträge). EZB als unabhängiges Gremium (vergleichbar mit Gerichtshöfen), Besetzung mit 2/3-Mehrheit mit Mandat bezogen auf Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Geld, Stabilität.
- **EZB sollte Taxonomie nutzen** um ihre Anleihenkäufe zu ändern und nachhaltiger auszurichten.
- **Zentralbankpolitiken nach Vorbild der Niederlande oder Frankreichs.** Diese sind innovativer.

Geldpolitik in Verbindung mit und Fiskal- und Wirtschaftspolitik

- **Ausrichtung der Politik an neuen Geldtheorien bzw. volkswirtschaftlichen Theorien**, hier MMT. Zusätzliches Geld in die Wirtschaft geben und dabei darauf achten, dass parallel die Produktionskapazitäten, die Kapazitäten der Firmen, die diese Transformation machen, entsprechend proportional erweitert wird (Steuerungsaufgabe der Politik).

Sozial-ökologische und demokratische Transformation der Wirtschaft

- **Kompetenz und Mittelverlagerung auf die kommunale Ebene:** Kommunen sind wichtige Akteure der Transformation. Auf sie kommen große Aufgaben zu beim Umbau der Elektrizitätsnetze, der Wärmesanierung und -versorgung, der Mobilitätswende, der Anpassung an Klimawandel („Schwammstadt“). Eine Verlagerung von Mitteln und Kompetenzen nach skandinavischem Vorbild würde die Transparenz über Mittelverwendung erhöhen, die Selbstwirksamkeit stärken und könnte zu einer größeren Identifikation mit den Politiken führen.
- **Breite wirtschaftliche Partizipation und Verteilung der Transformationsgewinne:** Es ist wichtig darauf zu achten, wer unterstützt wird. Auch Gemeinden, Genossenschaften, bürgernahe und bürgerbeteiligte Akteure sollten tätig werden, nicht nur große Unternehmen und Investoren. Wer erhält die Gewinne aus der Wertschöpfung der klimaneutralen Wirtschaft? Das Aufgebaute sollte tendenziell demokratisch organisiert sein und möglichst viele Menschen (insbesondere solche mit wenig Einkommen) sollten vom Neuen profitieren. Solaranlagen sollten bspw. insbesondere auf Ein- oder Mehrfamilienhäusern gefördert werden und nicht in der großen Fläche, was tendenziell von Investoren durchgeführt wird. Ein anderes Beispiel wäre die finanzielle Unterstützung und Information von Bürgergenossenschaften, die dann Wind- oder Solarparks aufbauen.
- **Geeignete Rechtsform von Unternehmen fördern:** Selbstverwaltete Unternehmen, die den Beschäftigten gehören können andere Ziele verfolgen als Aktiengesellschaften. Die Beschäftigten können ein Interesse haben, dass der Wert des Unternehmens wächst, an guten Arbeitsbedingungen und sinnvoller Produktion.
- **Integration von Nachhaltigkeitszielen in Unternehmensverfassungen**, etwa bei Stiftungsunternehmen.
- **Öffentlichen Sektor und Infrastrukturen stärken.**

Modernisierung

- **Projekte der Modernisierung fördern:** Die Effizienz des Systems sollte wesentlich erhöht werden, u.a. durch Recyclingwirtschaft und die Förderung von Bioökonomie, die eine grundsätzlich neue Chemie hervorbringen würde. Programme zur Entwicklung neuer Technologien sollten langfristig staatlich gefördert werden.

5.2.4 Die Nord-Süd-Perspektive

Die befragten Expert:innen aus Entwicklungs-NGOs machten deutlich, dass der Globale Norden stark im Verzug ist, angemessen auf die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen der Anpassung im Globalen Süden zu reagieren. Die deutsche Regierung ist zwar etwas zuverlässiger als andere Regierungen des Globalen Nordens, gemessen an der Wirtschaftskraft und der vergleichbar guten finanziellen Lage Deutschlands kann die Regierung aber wesentlich mehr tun. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass die Bilanzen der Finanzflüsse von Deutschland in den Globalen Süden geschönt sind, weil große Teile der ausgewiesenen transferierten Gelder private Kredite sind, die mit Zinsen zurückgezahlt werden müssen und keine Subventionen. Es sei zwar positiv zu bewerten, dass Länder des Globalen Südens mehr Mitsprache bei der Verwendung von Geldern in neuen Fonds haben. Insgesamt fehlt aber ein Konzept, wie viele Länder soweit entschuldet werden können, dass sie überhaupt Geld für Umweltmaßnahmen haben. Bei einer Kopplung von Geldflüssen mit Umweltmaßnahmen muss sensibel vorgegangen werden, damit Umweltschutz nicht als kolonialistisches Projekt abgelehnt wird.

Die folgende Liste zeigt, welche Politiken und Maßnahmen von Interviewpartner:innen dieses Spektrums als wünschenswert angeführt wurden.

Klimafinanzierung aus der Nord-Süd-Perspektive

- **Entschuldung des globalen Südens** aus Gründen der Umweltgerechtigkeit. Der Globale Norden hat besonders viel historische Emissionen verursacht. Entschuldung sollte möglichst mit Klimaschutzfragen verbunden werden.
- **Länderspezifische Schuldentreibung unter Einbeziehung aller Gläubiger** (private und öffentliche; multilaterale umstritten). Deutschland könnte Kreditvertragsklauseln aufnehmen, die Ländern in einer Katastrophe ein Schuldendienst-Moratorien gewährt werden.
- **Moratorium im Katastrophenfall:** Länder müssen trotz Katastrophen Schulden weiter bedienen. Sie sollen nach einer Katastrophe erst einmal Zeit haben, Gelder anders zu verwenden.
- **Subventionen anstelle von Krediten:** Es wäre besser, wenn Deutschland mehr Subventionen und weniger Kredite an Länder des Globalen Südens vergeben würde. Sonst zwingt Deutschland den Ländern neue Schulden auf und die Länder benötigen dringend Gelder um Maßnahmen umzusetzen.
- **Stärkung multilateraler Klimafonds:** Es wäre wünschenswert, wenn multilaterale Klimafonds (wie der Green Climate Fund, der Adaptation Fund, der Least Developed Countries Fund u.a.) eine größere Rolle bekommen.
- **Vorbereitung von GIZ und KfW auf neue Aufgaben:** In der bilateralen Zusammenarbeit werden GIZ und KfW in Zukunft größere Summen umsetzen müssen, wenn Deutschland fairer beitragen möchte. Sie müssen in die Lage versetzt werden, mehr Programme zu finanzieren und umzusetzen. Die KfW könnte progressiver sein und mit mehr Ehrgeiz auftreten.

- **Einbeziehung privater Träger:** Es wäre gut, wenn mehr Gelder auch über private Träger (NGOs, Zivilgesellschaft im Globalen Süden) umgesetzt werden und nicht nur über staatliche. Das würde zu einer stärkeren Orientierung an den konkreten Bedürfnissen der Betroffenen führen.
- **Weltbankreform:** Die Weltbank sollte sich proaktiver auf Klimaschutz ausrichten.
- **Internationale Diskussionsstrukturen schaffen,** die stärker gleichberechtigt sind als die G7, für sämtliche Fragen und insbesondere solche, die globale Finanzstabilität und Klimafragen betreffen.
- **Globaler Norden muss Kosten für Anpassung im globalen Süden übernehmen.** Die Kosten dafür steigen auf über 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2030. Diese Kosten müssten komplett von Globalen Norden übernommen werden (als Verursacher), oder zumindest zu einem großen Teil.
- **Gerechte Verteilung der Kosten, im Nord-Süd-Verhältnis und innerhalb von Gesellschaften:** Der Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise soll gerecht verteilt werden, und zwar in Abhängigkeit von der Verantwortung für das Verursachen der Krise, also vergangene und gegenwärtige Emissionen und der jeweiligen Wirtschaftskraft oder Finanzkraft eines Akteurs oder eines Landes. Das gilt für Länder sowie für Akteure. Wer es verursacht hat und wessen Wirtschaft eine hohe Wirtschafts- und Finanzkraft hat, muss einen entsprechend höheren Beitrag dieser Kosten tragen. Der globale Norden, der je nach Rechnung zwischen 50 und 90 % der Klimakrise zu verantworten hat, müsste dann auch diese Kosten tragen. Im jeweiligen Land müssen auch Gerechtigkeitsprinzipien angewendet werden, etwa: Wer in Deutschland ist besonders verantwortlich für die Klimakrise und wer hat eine hohe Finanzkraft? Die reicheren Bevölkerungsschichten und große Unternehmen tragen die Hauptverantwortung für die Klimakrise. In Deutschland müssten dann die Kosten der Klimakrise auch entsprechend verteilt werden.
- **Fair gestalteter Grenzausgleich:** Beim Grenzausgleich sollte darauf geachtet werden, dass Länder, die sich Klimaschutz leisten könnten aber zu wenig tun (wie die USA) unter einen stärkeren Grenzausgleich fallen. Von Ländern, die wenig Ressourcen haben (z.B. Bangladesch oder Tuvalu), kann man keinen vergleichbaren Klimaschutz verlangen.

5.3 Zwischenfazit

Es ist auffällig, dass sich die Befragten auf die offene Frage nach der Finanzierung von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen selten auf die Sustainable Finance-Initiative bezogen, sondern ein anderes Verständnis der Problemlagen und Lösungsmöglichkeiten hatten, das von den offiziellen, stark auf Sustainable Finance basierenden Konzepten abweicht, sowie von der Realpolitik der Ampelkoalition.

Zwischen den Gruppen wurden bürgerliche Umweltbewegte mit fehlendem sozialem Problembewusstsein leicht kritisch kommentiert, auf der anderen Seite mit der Industrie verbandelte Gewerkschaften, die Interessen privilegierter Beschäftigter der ökologischen Frage und dem Globalen Süden überordnen. Solche Konflikte wurden jedoch größtenteils als Konflikte der Vergangenheit dargestellt, die zugunsten gemeinsamer Ziele überwunden werden sollten. Lernprozesse der Akteur:innen wurden positiv anerkannt und mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede gesehen. Stark kritisiert wurde hingegen die parteipolitisch motivierte Blockade von Umweltpolitiken, die sich u.a. manifestiert durch ein Festhalten an Schuldenbremse und der Weigerung, steuerpolitische Maßnahmen anzugehen und sogar auf kostenlose,

aber zielführende Regulierungen (Stichwort: Tempo 100, Auto statt Schiene) zu verzichten. Die Befragten sahen einerseits das Momentum auf ihrer Seite, da Narrative wie „Kapitalflucht“ nicht mehr unhinterfragt geglaubt werden. Andererseits sahen sie sich aber einer mächtigen Opposition gegenüber, die – je nach Standpunkt – aus fossilen Unternehmen bestand, oder der von schlechten Wahlergebnissen und fehlenden Konzepten getriebenen Opposition in der Regierung, antiumwelt-populistischen Fraktionen der konservativen Opposition und von rechtsextremen Kräften. Wenngleich Äußerungen über bevorzugte Maßnahmen in der Regel auf den spezifischen Wirkungsbereich bezogen waren, wünschten sich die Befragten in der Grundtendenz mehr Ordnungspolitik, eine stärkere politische Steuerung und eine Adressierung von sozialen Fragen und Fragen der ökologischen Gerechtigkeit.

6 Schlussfolgerungen: Neustart der Klimafinanzierung

Sowohl nach der Einschätzung der befragten Expert:innen aus Gewerkschaften, dem Umwelt- und Entwicklungsbereich und finanzkritischen Organisationen, als auch nach der eigenen unter 2.-4. dargestellten Bestandsaufnahme besteht ein starker politischer und gesellschaftlicher Handlungsbedarf, wenn ausreichend schnell Mittel zur Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung verfügbar sein sollen.

Für die Politik ergibt sich die Schlussfolgerung, dass derzeitige Politiken der Klimafinanzierung weder die notwendigen Mittel mobilisieren, noch auf politisch-gesellschaftlichen Rückhalt stoßen und überdacht werden müssen. Dabei ist zu beachten, dass die extreme Rechte Politiken allein aufgrund ihrer Selbststilisierung als Fundamentalopposition kritisiert und selbst auf Klimawandel- und Wissenschaftsleugnung zurückgreifen muss. Ein anbiederndes Eingehen anderer Parteien auf diese Inhalte führt nur zu Rückschritten, weil rechtsextreme Parteien dann andere beliebige Standpunkte herausgreifen, um sich als Fundamentalopposition zu inszenieren. Historische Erfahrungen aus der Zeit von Roosevelts New Deal zeigen, dass es in einer wesentlich tieferen ökonomischen Krise gelungen ist, die Krise in demokratischen Strukturen zu überwinden, trotz einer Ausgangslage, die gekennzeichnet war durch Massenarbeitslosigkeit, die prekäre wirtschaftliche Lage weiter Bevölkerungsschichten, lokalen Umweltkrisen und radikalen und zersplitterten Parteien. Dieses geschah über soziale Absicherung, Regulierung von Finanz- und Wirtschaftsakteuren und lernende Politiken – trotz eiserner konservativer Opposition.

Für den Bereich der Wissenschaft kann geschlussfolgert werden, dass eine kritische interdisziplinäre Sicht auf Klimafinanzierung notwendig ist. Technisch gut ausgearbeitete und gut gemeinte Vorschläge zur Förderung von Sustainable Finance sind ansatzweise hilfreich, reflektieren aber zu wenig die ihnen zugrundeliegenden Annahmen. Ist das Problem wirklich die fehlende Information über Umweltwirkungen? Oder orientieren sich die meisten Anleger:innen nicht aus materiellen Interessen oder unter Wettbewerbsdruck an der Rendite? Inwiefern ist die im Sustainable Finance Diskurs weit verbreitete Annahme, dass Marktsteuerung und die Bepreisung von Umweltverbrauch eine der Politik überlegene Steuerungsmethode sei überhaupt gültig? Handelt es sich nicht vielmehr um einen Elitediskurs, der wirksame, aber verteilungsrelevante Maßnahmen ausklammert? Ist andererseits die weit verbreitete Ablehnung von umweltbezogenen Marktinstrumenten begründet und ist eine klare Unterscheidung von Marktinstrumenten und politischen Instrumenten überhaupt haltbar?

Für die Zivilgesellschaft stellt sich die Frage, wo es notwendig ist, weiteres Wissen aufzubauen und in Dialog mit progressiven Kräften aus anderen zivilgesellschaftlichen Kräften, Politik, Wirtschaft und Fi-

nanzwelt zu treten. Es sollte überlegt werden, wo die vergleichbar kleinen finanziellen Ressourcen eingesetzt werden sollten, um eine Wirtschaftsform zu ändern, die zu viel Ressourcen für nicht-nachhaltige Ziele verausgabt.

Der Text ist ein Zwischenergebnis des Teilprojekts „Zivilgesellschaft und Klimafinanzierung“ des Projektverbunds „Climate Finance Society - The Institutional Logics of Climate Finance (ClimFiSoc)“. Fördernummer: 01 LA2214A gefördert durch das BMBF.

Ich bedanke mich insbesondere bei meinen Interviewpartner:innen, die trotz ihrer wichtigen Aufgaben Zeit für ein Interview gefunden haben. Dank gilt außerdem den in Phasen des Projekts beteiligten studentischen Mitarbeiter:innen Marvin Ayodele Classow und Stephanie Buchholz und meinem Kollegen Jürgen Kädtler, der einen Teil der Interviews geführt hat und Richard Hule für hilfreiche Hinweise und Kommentare.

7 Literatur

- BaFin. o. J. Sustainable-Finance-Strategie der BaFin. https://www.bafin.de/DE/DieBaFin/Sustainable_Finance_Strategie/SF_Strategie_artikel.html?nn=19692320.
- Bardt, Hubertus, Sebastian Baltzer, Michael Hüther, und Katja Rietzler. 2019. Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen! https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-007455.
- Becker Büttner Held. 2021. Überlegungen zur gesetzlichen Umsetzung ausgewählter und weiterentwickelter Vorschläge des Sustainable-Finance-Beirats der Bundesregierung. Berlin.
- Biebricher, Thomas. 2022. Geistig-moralische Wende: die Erschöpfung des deutschen Konservatismus. Erste Auflage dieser Ausgabe. Berlin: Matthes & Seitz Berlin.
- Biebricher, Thomas. 2023. Mitte/Rechts: die internationale Krise des Konservatismus. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp.
- BMF. 2023. Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen.
- BMF. 2024. Bundeshaushalt 2023. https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanz/Bundeshaushalt/Bundeshaushalt-2023/bundeshaushalt-2023.html.
- BMWK. 2023. Förderprogramm Klimaschutzverträge. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Klimaschutz/klimaschutzvertraege.html>.
- Boston Consulting Group. 2021. Klimapfade 2.0. Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft. Gutachten für den BDI. <https://bdi.eu/publikation/news/klimapfade-2-0-ein-wirtschaftsprogramm-fuer-klima-und-zukunft/>.
- Bundesfinanzministerium. 2022. Wie genau funktioniert die CO₂-Bepreisung? <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/klimaschutz.html>.
- Bundesministerium für Umwelt. 2023. Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Dessau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/3521/publikationen/umweltbewusstsein_2022_bf-2023_09_04.pdf.
- Bundesrechnungshof. 2023. Bericht nach § 88 Absatz 2 BHO an das Bundesministerium der Finanzen über die Sondervermögen des Bundes und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Haushaltstransparenz sowie die Funktionsfähigkeit der Schuldenregel. https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/sondervermoegen-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=6.
- Bundesregierung. 2023a. Der Klima- und Transformationsfonds 2024: Entlastung schaffen, Zukunftsinvestitionen sichern, Transformation gestalten. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975228/2250700/03b801113744f51f5743fe5d1b3a4e22/2023-12-21-ktf-data.pdf?download=1>.
- Bundesregierung. 2023b. Sondervermögen „KTF“. Milliardeninvestitionen in Energiewende, Klimaschutz und Transformation. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/ktf-sondervermoegen-2207614>.
- Bundesverband deutscher Banken. Okt 23. Nachhaltige Geldanlage 2023. Wissen und Engagement der Deutschen. <https://bankenverband.de/nachhaltigkeit/nachhaltige-geldanlage-2023-wissen-und-engagement-der-deutschen/>.
- Burck, Jan, Thea Uhlich, Christoph Bals, Niklas Höhne, und Leonardo Nascimento. 2023. Results. Climate Change Performance Index 2024. <https://cepi.org/wp-content/uploads/CCPI-2024-Results.pdf>.
- BVI. o. J. Fakten zur Fondswirtschaft. <https://www.bvi.de/ueber-die-branche/>. Zugegriffen: 10. Januar 2024.
- Carney, Mark. 2015. Breaking the tragedy of the horizon – climate change and financial stability“. <https://www.bis.org/review/r151009a.pdf>.
- Chancel, Lucas. 2022. Global carbon inequality over 1990–2019. *Nature Sustainability* 5: 931–938.
- D’Aprile, Paolo, und et al. 2020. Net-Zero Europe. Decarbonization pathways and socioeconomic implications. <https://www.mckinsey.com/~media/mckinsey/business%20functions/sustainability/our%20insights/how%20the%20european%20union%20could%20achieve%20net%20zero%20emissions%20at%20net%20zero%20cost/net-zero-europe-vf.pdf>. Zugegriffen: 23. August 2023.
- Dechezlepretre, Antoine et al. 2022. Fighting Climate Change: International Attitudes Toward Climate Policies. https://www.oecd-ilibrary.org/economics/fighting-climate-change-international-attitudes-toward-climate-policies_3406f29a-en.
- Deutsche Bundesbank. 2023. Zur zunehmenden Bedeutung der Extrahaushalte des Bundes. <https://www.bundesbank.de/resource/blob/724604/7a669050352fecdf0236949d4580b554/mL/2023-06-extrahaushalte-data.pdf>. Zugegriffen: 10. Januar 2024.

- Deutsche Bundesregierung. 2021. Deutsche Sustainable Finance-Strategie. https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/deutsche-sustainable-finance-strategie.pdf?__blob=publicationFile&v=6.
- Deutscher Bundestag. 2019. Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG). Geändert durch Art. 1 G v. 18.8.2021 I 3905.
- Dullien, Sebastian, Katja Rietzler, und Tober, Silke. 2021. Ein Transformationsfonds für Deutschland. IMK und Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE. https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_71_2021.pdf.
- Emons, Oliver. 2023. CSR – Greenwashing oder Game Changer?
- Europäische Kommission. 2023. Finanzierung der Klimawende. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/climate-finance/>.
- European Commission. 2018. Action Plan: Financing Sustainable Growth. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52018DC0097>.
- European Commission. n.d. EU taxonomy for sustainable activities. https://finance.ec.europa.eu/sustainable-finance/tools-and-standards/eu-taxonomy-sustainable-activities_en.
- European Parliament und European Council. 2020. REGULATION (EU) 2020/852 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 18 June 2020 on the establishment of a framework to facilitate sustainable investment, and amending Regulation (EU) 2019/2088. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32020R0852>.
- Expertenrat für Klimafragen. 2023. Stellungnahme zum Entwurf des Klimaschutzprogramms 2023. Gemäß § 12 Abs. 3 Nr. 3 Bundes-Klimaschutzgesetz. <https://expertenrat-klima.de/>.
- Fahrenbach, Christian. 2023. Vor der COP28: Wohin steuern die USA beim Klimaschutz? <https://www.rnd.de/politik/vor-der-cop-28-wohin-steuern-die-usa-beim-klimaschutz-UCPEH2LOMNHPXCHHROJK5D7AKA.html>.
- finanz.at. 2024. Nächste Auszahlungswelle: Klimabonus kommt im Februar 2024. <https://www.finanz.at/news/klimabonus-zweite-auszahlung-2024-10305/>.
- Fisahn, Andreas. 2023. Bremst EU-Recht die sozial-ökologische Transformation aus? Eine juristische Bewertung. https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008524.
- Flaute, Markus, Saskia Reuschel, und Britta Stöver. 2022. Volkswirtschaftliche Folgekosten durch Klimawandel: Szenarioanalyse bis 2050. GWS mbH Osnabrück.
- Forum Nachhaltige Geldanlagen. 2023. Marktbericht nachhaltige Geldanlagen 2023 - Deutschland und Österreich. Berlin. https://www.forum-ng.org/fileadmin/Marktbericht/2023/FNG_Marktbericht2023_Online.pdf.
- Fossil Free Deutschland. o. J. Was ist Divestment? <https://gofossilfree.org/de/was-ist-divestment/>.
- Foundational Economy Collective. 2019. Die Ökonomie des Alltagslebens. Frankfurt: Suhrkamp.
- Fratzscher, Marcel. 2022. Nicht weniger, sondern mehr Klimaschutz sofort. DIE ZEIT, September 16 https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-09/oekologische-transformation-energiekrise-energiepolitik-klimaschutz-bundesregierung/seite-2?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.diw.de%2F.
- Fücks, Ralf. 2019. Ökologie und Freiheit. Fücks, R. & Köhler, T.(Hg.): Soziale Marktwirtschaft ökologisch erneuern, Berlin.
- Germanwatch. 2023. Realistische China-Klima-Politik. https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_realistische_china-klima-politik_2023.pdf.
- Gläser, Jochen, und Grit Laudel. 2009. Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden: VS Verlag.
- Götze, Susanne, Annika Joeres, und Harald Lesch. 2022. Die Klimaschmutzlobby: wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen. Aktualisierte Taschenbuchausgabe. München: Piper.
- Grégoire-Marchand, Pauline, und Marine Adam. 2023. The Green Budget in France: From an informative report to a decision-making tool. https://economy-finance.ec.europa.eu/system/files/2023-06/6.%20France_Geen%20Budgeting.pdf.
- Hentschel, Karl-Martin. 2020. Handbuch Klimaschutz: wie Deutschland das 1,5-Grad-Ziel einhalten kann. München: oekom.
- Hickel, Jason. 2022. Weniger ist mehr: warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher sind. Deutsche Erstausgabe. München: oekom.
- Holzmann, Sara, und Ingo Wolf. 2023. Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit. Wie die deutsche Bevölkerung Zielkonflikte in der Transformation wahrnimmt. Gütersloh.
- Jaeger, Carlo, Armin Haas, und Jonas Teitge. 2021. Klima, Digitalisierung und Nachhaltigkeit: Zur Finanzierung öffentlicher Zukunftsinvestitionen. Global Climate Forum. https://globalclimateforum.org/wp-content/uploads/2021/09/GCF_Report-_2021_1_Zukunftsinvestitionen.pdf.

- Jirmann, Julia, und Christoph Trautvetter. 2023. Milliardenvermögen in Deutschland, Lücken der Reichtumserfassung und -besteuerung – Vorschlag für einen alternativen Reichtumsbericht. <https://www.boeckler.de/de/faust-de-tail.htm?produkt=HBS-008752>. Zugegriffen: 1. Mai 2024.
- Kölsch, Roland. 2023. Transparenz, KPIs, Ratings, Labels, Klassifizierungen. Von ScheinOrientierungen und dem aktuell „besten SubOptimalen“.
- Kowalzig, Jan. 2022. Klimafinanzierung: Ein Überblick. Ursprünge, Konzepte und Baustellen der Klimafinanzierung. https://www.deutscheklimafinanzierung.de/wp-content/uploads/2022/08/2022_Update_Hintergrund_Klimafinanzierung_Urspr%C3%BCnge_Konzepte_Baustellen.pdf.
- Krebs, Tom, und Janek Steitz. 2021. Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitraum 2021-2030. https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2021/2021_09_KlimaInvest2030/FNE_AEW_KlimaInvest2030_WEB.pdf.
- Lamb, William F et al. 2020. What are the social outcomes of climate policies? A systematic map and review of the ex-post literature. *Environmental Research Letters* 15: 113006.
- Mau, Steffen, Thomas Lux, und Linus Westheuser. 2023. Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Originalausgabe, Sonderdruck. Berlin: Suhrkamp.
- McKinsey & Company. 2021. Net-Zero Deutschland. Chancen und Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2045. https://www.mckinsey.de/~ /media/mckinsey/locations/europe%20and%20middle%20east/deutschland/news/presse/2021/21-09-10%20net%20zero%20deutschland/mckinsey%20net-zero%20deutschland_oktober%202021.pdf.
- Mouffe, Chantal. 2016. *Agonistik: Die Welt politisch denken*. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal. 2018. *Für einen linken Populismus*. Deutsche Erstausgabe. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal. 2023. *Eine Grüne demokratische Revolution: Linkspopulismus und die Macht der Affekte*. Erste Auflage, deutsche Erstausgabe. Berlin: Suhrkamp.
- Neckel, Sighard. 2023. *Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzerelite das Klima ruiniert*. *Blätter für deutsche und internationale Politik*.
- Nextra Consulting, Institut für nachhaltige Kapitalanlagen, und prognos. 2021. Beitrag von Green Finance zum Erreichen von Klimaneutralität in Deutschland. <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Studien-und-Materialien/Green-Finance-und-Klimaneutralitaet.pdf>. Zugegriffen: 3. Januar 2024.
- ÖNB. o. J. Staatsschuldenquoten. <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?report=10.17>.
- Oreskes, Naomi, und Erik M. Conway. 2014. *Die Machiavellis der Wissenschaft: Das Netzwerk des Leugnens*. Weinheim: Wiley-VCH.
- Ötsch, Silke, und René Lehweß-Litzmann. 2020. Ansätze und Aussichten einer sozial-ökologischen Transformation: Was verändert die Corona-Krise? *WSI-Mitteilungen* 73: 418–426.
- Plehwe, Dieter. 2022. Reluctant transformers or reconsidering opposition to climate change mitigation? German think tanks between environmentalism and neoliberalism. *Globalizations* <https://doi.org/10.1080/14747731.2022.2038358>.
- Rat der EU. 30.10.2023. Europäische grüne Anleihen. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/24/european-green-bonds-council-adopts-new-regulation-to-promote-sustainable-finance/>.
- Raworth, Kate. 2021. *Die Donut-Ökonomie: endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört*. 5. Auflage. München: Carl Hanser Verlag.
- Rehm, Miriam, Vera Huwe, und Katharina Bohnenberger. 2023. *Klimasoziale Transformation – Klimaschutz und Ungleichheitsreduktion wirken Hand in Hand*. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/klimasoziale-transformation-klimaschutz-und-ungleichheitsreduktion-wirken-hand-in-hand>.
- Songwe, Vera, Nicholas Stern, und Amar Bhattacharya. 2022. *Finance for climate action. Scaling up investment for climate and development*. London.
- Soubeyran, Éléonore, und Rob Macquarie. 2023. What is climate finance? <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/explainers/what-is-climate-finance-and-where-will-it-come-from/>.
- SPD, DIE GRÜNEN, FDP, (SPD), Hrsg. 2021. *Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP)*. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/koalitionsvertrag-2021-1990800>. Zugegriffen: 16. August 2023.
- Statista. 2024a. *CO₂-Ausstoß weltweit nach Ländern 2022*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/179260/umfrage/die-zehn-groessten-co2-emittenten-weltweit/>.

Statista. 2024b. Energiebedingte CO₂-Emissionen pro Kopf weltweit nach ausgewählten Ländern im Jahr 2022. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167877/umfrage/co-emissionen-nach-laendern-je-einwohner/>.

Sternfeld, Eva. 2022. Chinas Klimapolitik. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/asien/china/512519/chinas-klimapolitik/>.

Sustainable Finance Beirat. 2021. Shifting the Trillions. Ein nachhaltiges Finanzsystem für die Große Transformation. Berlin. www.sustainable-finance-beirat.de.

Sustainable Finance Beirat. 2023. Publikationen der 20. Legislaturperiode. <https://sustainable-finance-beirat.de/publikationen/>.

Sustainable Finance Beirat der Bundesregierung. 2019. Der Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung. Selbstverständnis, Ambition und Zielsetzung. https://sustainable-finance-beirat.de/wp-content/uploads/2020/02/20191028_SFB-Thesenpapier-DE.pdf.

UNEP. 2023. Broken Record. Temperatures hit new highs, yet world fails to cut emissions (again). https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/43923/EGR2023_ESEN.pdf?sequence=10.

UNFCCC Standing und Committee on Finance. 2022. Fifth Biennial Assessment and Overview of Climate Finance Flows. Bonn. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/J0156_UNFCCC%20BA5_2022_Report_v4%5B52%5D.pdf?download.

Urgewald. o. J. Wie wir Kohle, Öl und Gas das Geld abgraben. <https://www.urgewald.org/divestment-fossile-energie>.

SOFI Working Papers

Kädtler, Jürgen; Zimmermann, Bénédicte (2023): Arbeiter:innenaufstieg durch berufliche Weiterbildung in Deutschland und Frankreich. Handlungsfähigkeit und „gesellschaftlicher Effekt“

Kädtler, Jürgen (2023): Anlernkarriere oder Berufsausbildung? - Produktionsarbeit in der chemischen Industrie im deutsch-französischen Vergleich

Lehweß-Litzmann, René (2023): Frontline workers in education, health and welfare: how much do they earn in European countries? A comparative income analysis based on the EU-LFS

Buss, Klaus-Peter (2022): Infrastrukturen der Globalisierung. Entwicklungsprozesse und Akteurskonstellationen in der maritimen Wirtschaft

Ötsch, Silke (2022): Zwischen Problemlösungskompetenz und Expertenpopulismus. Positionen von Steuerberater:innen zu Regulierung und Steuerpolitik in Deutschland

Vogel, Berthold; Becker, Raphaela; Brencher, Kenneth; Dieterich, Philipp; Hesse, Jan-Friedrich; Kinze, Fabian; Mühleib, Shanti; Opfermann, Marc; Winter, Sarah; Zindl, Tanita (2022): Gesellschaftliche Folgen der Pandemie. Ein Studienbericht aus dem Masterstudium Soziologie an der Universität Kassel

Lehwess-Litzmann, René/Hofmann, Thomas (2022): Fachkräftenachwuchs für den Rettungsdienst? Wie auszubildende Notfallsanitäter:innen ihre berufliche Zukunft sehen

Tullius, Knut/Vogel, Berthold/Wolf, Harald (2021): Mentalitäten des Umbruchs. Wie sich Beschäftigte orientieren und wie sie unter Transformationsbedingungen handeln. Ein Forschungskonzept

Söhn, Janina (2021): Berufswechsel messen - Methodische Erörterungen zur Analyse horizontaler beruflicher Mobilität im Mikrozensus und im Nationalen Bildungspanel

Bluhm, Felix/Birke, Peter/Stieber, Thomas (2021): Hinter den Kulissen des Erfolgs. Eine qualitative Untersuchung zu Ausbildung und Erwerbsarbeit von Geflüchteten

Lehwess-Litzmann, René/Krebs, Bennet/Maier, Tobias/Sonnenburg, Anja/Thobe, Ines/Vogel, Berthold/Wolter, Marc Ingo (2020): Was sind gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen? Eine konzeptionelle Eingrenzung - Grundlagen des Projekts GenDis

Carls, Kristin/ Gehrken, Hinrich/Kuhlmann, Martin/Thamm, Lukas (2020): Digitalisierung – Arbeit – Gesundheit. Zwischenergebnisse aus dem Projekt Arbeit und Gesundheit in der Arbeitswelt 4.0

Tullius, Knut (2020): Digitalisierung und Systemische Rationalisierung im Finanzdienstleistungssektor – Folgen für Angestelltenarbeit an der „Front-Line“

Hule, Richard/Ötsch, Silke (2020): Verschwörungstheorien im Neoliberalismus - Von einer soziologisch-interdisziplinären Theorie zum Modell?

Schulz, Lena (2020): Gesellschaftsbilder von Betriebsrätinnen, Betriebsräten und Vertrauensleuten - Stand der Forschung und Begriffsgeschichte

Kuhlmann, Martin/Voskamp, Ulrich (2019): Digitalisierung und Arbeit im niedersächsischen Maschinenbau

Die SOFI Working Papers finden Sie online unter:
www.sofi.uni-goettingen.de

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e. V.
an der Georg-August-Universität
Friedländer Weg 31
37085 Göttingen
sofi@sofi.uni-goettingen.de